

N i e d e r s c h r i f t

der Einwohnerfragestunde
zur 27. Tagung des Stadtrates der Stadt
Halle (Saale) am 12.12.2001

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 14.05 Uhr bis 14.25 Uhr

Die Einwohnerfragestunde zur 27. Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **Bönisch**.

Frau Ines **Brock**, ging auf eine Entscheidung des Jugendhilfeausschusses ein und fragte, wie die Stadt dazu beitragen wolle, dass das Iris-Regenbogen-Zentrum in seiner Angebotsstruktur aufrecht erhalten bleibe. Die Einrichtung habe 40 TDM für die Übernahme einer SAM-Stelle beantragt, die im vergangenen Jahr auch mündlich schon versprochen worden sei. Wenn diese Stelle für 2002 nicht ermöglicht werden könne, müssten möglicherweise die Angebote des Zentrums um zwei Drittel zurückgefahren werden. Sie bitte, noch einmal zu schauen, ob diese Mittel für diese eine Stelle doch noch ermöglicht werden können.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, in der Stadt Halle gebe es gerade im Bereich der Familienbildung Vorzeigenswertes. Vor Jahren sei entschieden worden, ein Netzwerk von Familienbildungsstätten auszubauen und diese finanziell zu unterstützen, auch dadurch, dass die sogenannten Feststellen des Landes in diese Stätten kommen. Das sei umgesetzt worden.

Dabei komme es auf eine gleiche und gerechte Verteilung an.

In seiner Klausurtagung habe der Jugendhilfeausschuss eine Entscheidung getroffen. In der Haushaltsberatung müsse noch darüber diskutiert werden, ob und in welcher Weise Umschichtungen vorgenommen werden können. Bei den sogenannten Feststellen sei die Entscheidung nachvollziehbar, daran sollte nichts mehr geändert werden.

Herr Wolfgang **Funke** ging auf die Vorlage zur Müllverbrennungsanlage in Lochau ein. Er fragte, ob in der Beschlussvorlage in irgendeiner Form die entsprechenden Infrastrukturmaßnahmen mit eingeplant seien. Wenn der Saalkreis und der Landkreis Merseburg-Querfurt mit der Stadt Halle in die Verkehrsführung und den Mülltransport nach Lochau eingebunden werden sollte, bleibe aus seiner Sicht nur der Weg über die Regensburger Straße in Ammendorf. Der jetzige Zustand dieser Straße sei katastrophal. Baue die Stadt vor dem Jahr 2005 oder erst 2010 oder 2020 die Umgehungsstraße oder saniere man irgendwann einmal die Regensburger Straße?

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, antwortete, die Straßeninfrastruktur, die Regensburger Straße insbesondere, sei seit langem Thema. Die Planung werde vorangetrieben. In der Prioritätenliste sei vorgesehen, dass im kommenden Jahr hierzu eine

Beschlussfassung im Stadtrat erwirkt werden solle. Damit sei gemeint, die Umgehungsstraße, die Projektstraße als Entlastung der Regensburger Straße. Dieses Projekt koste viel Geld, über

14 Mio DM. Es sei Sache der Haushaltsplanung und der Einwerbung von staatlichen Fördermitteln, wie schnell es gelinge, dieses Projekt umzusetzen.

Herr **Funke** fragte nach, ob diese Mittel in irgendeiner Weise in die Beschlussvorlage eingebunden seien. Wenn diese Müllverbrennungsanlage wirklich in Betrieb gehen sollte, sei

dann die entsprechende Infrastruktur vorhanden, Ja oder Nein?

Herr **Dr. Busmann** antwortete mit einem klaren Nein. Man habe heute nur einen Beschluss für den Bau einer Müllverbrennungsanlage.

Herr Uwe **Dressel**, Betriebsratsvorsitzender der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau, ging auf den Offenen Brief des Betriebsrates ein und stellte Fragen an Herrn Stadtrat Dr. Köck und Herrn Stadtrat Weiland.

Die vorliegende Beschlussvorlage werde gemeinsam vom Gesellschafter, von der Geschäftsführung der AWA, von der Gewerkschaft ver.di und den Arbeitnehmervertretungen der AWA und den Stadtwerken getragen. Gemeinsam mit ihm seien

heute Abordnungen von Betriebs- und Personalräten der EVH, der HWA, der Stadtwirtschaft,

der HAVAG, der MLU, der Stadtverwaltung Halle, des Waggonbaus Ammendorf und der Gewerkschaft ver.di zu dieser Tagung gekommen. Sei nicht nur allein diese Tatsache Garantie genug für die Richtigkeit und Notwendigkeit zum Bau einer Müllverbrennungsanlage in Halle-Lochau. Vor wenigen Tagen habe der Stadtrat einmütig und geschlossen für den

Waggonbau Ammendorf votiert, ohne dass man hier einen direkten Einfluss auf das Ergebnis habe. Heute entscheide der Stadtrat über die Zukunft eines Wirtschaftszweiges und über die weitere Zukunft von mehreren hundert Menschen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** schlug vor, die direkten Fragen an Vertreter der Fraktionen

außerhalb der Tagung zu klären. Der heutigen Diskussion zur Vorlage sehe sie positiv entgegen und hoffe, dass zu einem entsprechenden Ergebnis gekommen werde.

Frau **Dr. Töpfer** meinte, Abfallvermeidung sei ein Hauptproblem und sollte oberste Priorität haben. Daraus ergebe sich die Frage, wie sich dieses Prinzip mit einer Entsorgungsanlage, die auf gleichbleibendem oder steigendem Abfall gerichtet sei, vertrage?

Herr **Dr. Busmann** erwiderte, der heute unterbreitete Vorschlag vertrage sich durchaus damit. Der Vermeidungsgrundsatz sei in die Prognosen für die Stoffstrommengen eingegangen.

Herr Heinz **Laurich** bedankte sich im Namen der Gemeinschaft der Hallmärkte bei der Verwaltung, dass ihr Anliegen jetzt gehört werde. Er erinnerte an das Versprechen der Stadtverwaltung vor vier Jahren, an der "Spitze" eine Tiefgarage zu bauen.

Herr Rolf **Riemer** kam auf den Brand, der sich in der vergangenen Woche im Kurt-Wabbel-Stadion, ereignet hatte, zu sprechen. Er schlug vor, ein Spendenkonto einzurichten, damit die entstandenen Schäden recht schnell beseitigt werden können.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, es müsse sehr gut überlegt werden, an welcher Stelle die Stadt ein Spendenkonto einrichte. Es gebe viele Probleme in der Stadt. Ein Spendenkonto sei für das Aktionsbündnis für Ammendorf eingerichtet worden. Sie regte an, dass der eben gemachte Vorschlag in den Fraktionen diskutiert werden sollte,

in welcher Form es Unterstützung geben könnte.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die Einwohnerfragestunde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte zur gestrigen Arbeitsgruppensitzung zwischen Landesregierung und Bombardier. Das Ergebnis sei enttäuschend, es sei kein Fortschritt erzielt worden. Vor diesem Hintergrund sei es um so wichtiger, dass das Aktionsbündnis hier noch aktiver werde. So wolle sie auch noch einmal auf das Spendenkonto aufmerksam machen, damit entsprechende Aktionen finanziert werden können. Auch hier im Stadtrat sollte eine Sammlung veranstaltet werden. Zu diesem Zweck sei im Tagungsraum ein Behälter aufgestellt worden.

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Panian
Stadt Halle (Saale)
Kommunalbüro

17.12.2001

N i e d e r s c h r i f t

der 27. Tagung des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale) am 12.12.2001
ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Festsaal
Zeit: 14.30 Uhr bis 17.45 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerliste im Anhang

Die 27. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **Bönisch**.
Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Gegenwärtig seien 52 Mitglieder des Stadtrates (91 %) anwesend.

Zur Tagesordnung:
Abzusetzen sei die Vorlage - **Halle-Pass** - unter TOP 09.
Mit **Dringlichkeit aufzunehmen** seien die Vorlage - **Änderung zur Satzung über die Erhebung der Hundesteuer** sowie ein **Antrag** der Stadträte Prof. Kiel und Krause zum Thema **MLU**.
Zu diesen Änderungen gab es keine Wortmeldungen.

Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage
Hundesteuer: mit mehr als Zweidrittelmehrheit **z u g e s t**
i m m t

Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeits-
Antrages MLU: mit mehr als Zweidrittelmehrheit **z u g e s t i**
m m t

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, fragte zum Öffentlichkeitsstatus der Vorlage **Lochau**.

Herr **Bönisch** informierte, im Hauptausschuss sei festgestellt worden, dass die Vorlage

öffentlich zu behandeln sei. Er fragte, ob jemand Bedenken dazu habe-

Dazu gab es keine Wortmeldungen.

Abstimmung zur Tagesordnung einschl. Änderungen: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

- 1 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22. 08. 2001
- 2 Genehmigung der Niederschrift
- 3 Feststellung Jahresabschluss 2000 der Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH
Vorlagen-Nr.: III/2001/01910
- 4 Feststellung Jahresabschluss 2000 der Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH
Vorlagen-Nr.: III/2001/01956
- 5 Umbenennung einer Straße
Vorlagen-Nr.: III/2001/01923
- 6 Benennung von zwei Wegen, einer Straße und einer Parkanlage
Vorlagen-Nr.: III/2001/01921
- 7 Fünfte Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art
Vorlagen-Nr.: III/2001/01913
- 8 Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlagen-Nr.: III/2001/01895
- 9 Satzung zur ersten Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer
Sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2001/01986
- 10 Halle-Sicherheit durch Verantwortung
"Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität - für Toleranz und Integration"
Vorlagen-Nr.: III/2001/01855
- 11 Satzung über die Benutzung des Hauses der Wohnhilfe der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2001/01705

- 12 Verlängerung der institutionellen Förderung des Internationalen Kinderchorfestivals vom 01.01.2002 bis 31.12.2004
Vorlagen-Nr.: III/2001/01699
- 13 Öffnung der Schulhöfe zur Nutzung im Freizeitbereich
Vorlagen-Nr.: III/2001/01717
- 14 Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 21. Juni 2000 in der Fassung der Berichtigung vom 12.12.2001
Vorlagen-Nr.: III/2001/01860
- 15 Abwassergebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom 21. Juni 2000 in der Fassung der Berichtigung vom 12.12.2001
Vorlagen-Nr.: III/2001/01861
- 16 Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) - Grundstücksentwässerungssatzung
Vorlagen-Nr.: III/2001/01862
- 17 Abfallentsorgung der Stadt Halle (Saale) ab dem 01. Juni 2005 sowie Verfahrens- bzw. Entsorgungsmöglichkeiten gemäß Punkt 4 des Stadtratbeschlusses vom 18. April 2001
Vorlagen-Nr.: III/2001/01893
- 18 Wichtige Projekte im Rahmen der Fördermittelprogramme "Städtebauliche Erneuerung großer Wohngebiete" und "Soziale Stadt" im Stadtteil Silberhöhe bis 2006
Vorlagen-Nr.: III/2001/01846

Wiedervorlage von Anträgen

- 19 Antrag der PDS-Fraktion zur Ehrung der Timberwölfe
Vorlagen-Nr.: III/2001/01619
- 20 Antrag der F.D.P.-Fraktion für ein Parkplatzkonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2001/01750
- 21 Antrag der PDS-Fraktion - zur Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2001/01800
- 22 Antrag der PDS-Fraktion - zu Untersuchungen für einen neuen Saaleübergang
Vorlagen-Nr.: III/2001/01802
- 23 Antrag der HAL-Fraktion - zur Umsetzung der Vorgartensatzung
Vorlagen-Nr.: III/2001/01824

- 24 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage III/2001/01806 - Antrag der CDU-Fraktion betreffend die Dienstleistungs-/Konzessionsverträge mit der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) und deren Tochterunternehmen -
Vorlagen-Nr.: III/2001/01926

Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 25 Antrag der CDU-Fraktion - betreffend den Neubau der Tiefgarage "Oper"
Vorlagen-Nr.: III/2001/01887
- 26 Antrag der F.D.P.-Fraktion - Aufhebung der Beschlüsse "Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 75 Dessauer Platz" und "Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan lfd. Nr. 6"
Vorlagen-Nr.: III/2001/01962
- 27 Antrag der CDU-Fraktion zur Parkplatzsituation um den Hallmarkt
Vorlagen-Nr.: III/2001/01963
- 28 Antrag des Stadtrates Dieter Lehmann, CDU - betreffend die südwestliche Verkehrsinsel am Riebeckplatz unter Bezug auf den Antrag III/2001/01261 zum Riebeckplatz aus der Ratssitzung vom 21.02.2001
Vorlagen-Nr.: III/2001/01964
- 29 Antrag der PDS-Fraktion - zur Umbenennung der Dieselstraße - östlicher Teil
Vorlagen-Nr.: III/2001/01970
- 29 A Dringlichkeitsantrag der Stadträte Prof. Dr. Kiel, PDS und Krause, SPD - zur Situation an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlagen-Nr.: III/2001/01997

Anfragen von Stadträten

- 30 Anfrage der SPD-Fraktion - Abweichungen von der ursprünglichen Planung bei der Teichstraße
Vorlagen-Nr.: III/2001/01958
- 31 Anfrage der MBL- Fraktion zum Stand der Verhandlungen betreffs der Bebauung an der "Spitze"
Vorlagen-Nr.: III/2001/01960
- 32 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zur Sanierung des Rathhofes
Vorlagen-Nr.: III/2001/01968
- 33 Anfrage des Stadtrates Andreas Schmidt, SPD - Stand der Vorbereitung zur 1200-Jahr-Feier Halles im Jahr 2006
Vorlagen-Nr.: III/2001/01969

- 34 **Anfrage der Stadträtin Katharina Brederlow, SPD - Straßensanierung in Büschdorf**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01971
- 35 **Anfrage der SPD-Fraktion - zur Teilrückerstattung von Parkgebühren für Käufer in der Innenstadt**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01973

Mitteilungen

- 36 **Information des Projektsteuerers IPM " 18. Quartalsbericht zur Straßenbahnneubaumaßnahme Halle-Neustadt/ Hauptbahnhof" für die 25. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 12.12.2001**
Vorlagen-Nr.: 999/00025

Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2001 (Genehmigung)

Vorlagen-Nr.: III/2001/01989

Zu TOP 01 - Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 14.11.2001

Der Vorsitzende des Stadtrates gab den Inhalt von zwei in nichtöffentlicher Beratung gefassten Beschlüsse der 26. Tagung des Stadtrates bekannt.

Zu TOP 02 - Genehmigung der Niederschrift

—

Es gab keine Wortmeldungen zur Niederschrift der 26. öffentlichen Tagung des Stadtrates am 14.11.2001.

Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Damit wurde die Niederschrift der 26. öffentlichen Tagung des Stadtrates am 14.11.2001 In der vorliegenden Form **genehmigt**.

**Zu TOP 03 - Feststellung Jahresabschluss 2000 der Mitteldeutsches
Multimediazentrum Halle GmbH**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01910

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2001/01910 - Feststellung Jahresabschluss 2000 der Mitteldeutsches
Multimediazentrum Halle GmbH**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH vom 25.10.2001:

1. Der vom Geschäftsführer der Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2000 wird in der von der Fasselt & Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 13.09.2001 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	24,90 DM
Die Bilanzsumme beträgt	1.132.556,45 DM

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 24,90 DM wird auf das Jahr 2001 vorgetragen.
 3. Der Geschäftsführer wird für das Geschäftsjahr 2000 entlastet.
-

**Zu TOP 04 - Feststellung Jahresabschluss 2000 der Mitteldeutschen
Verkehrsverbund GmbH**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01956

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2001/01956 - Feststellung Jahresabschluss 2000 der Mitteldeutschen
Verkehrsverbund GmbH**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vom 14.06.2001 zu folgendem Beschluss:

1. Der vom Geschäftsführer der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2000 wird in der von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG geprüften und am 29.05.2001 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Das Jahresergebnis beträgt	0,00 DM
Die Bilanzsumme beträgt	875.232,03 DM

2. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2000 entlastet.
-
-

Zu TOP 05 - Umbenennung einer Straße

Vorlagen Nr. III/2001/01923

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01923 - Umbenennung einer Straße

Der Umbenennung einer Straße und dem Straßennamen gemäß Anlage wird
zugestimmt.

**Zu TOP 06 - Benennung von zwei Wegen, einer Straße und einer
Parkanlage**

Vorlagen Nr. III/2001/01921

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2001/01921 - Benennung von zwei Wegen, einer Straße und einer
Parkanlage**

Der Benennung der obengenannten Objekte und den Namensvorschlägen gemäß
Anlagen wird zugestimmt.

**Zu TOP 07 - Fünfte Änderung der Satzung über die Erhebung einer
Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und
Spieleinrichtungen
sowie Veranstaltungen anderer Art
Vorlagen Nr. III/2001/01913**

Frau Wolff, HAL-Fraktion, verwies auf einen Beschluss des Finanzausschusses, die Eurobeträge aufzurunden.

Der Tagungsleiter wies auf das Austauschblatt zur Vorlage hin.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2001/01913 - Fünfte Änderung der Satzung über die Erhebung einer
Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und
Spieleinrichtungen
sowie Veranstaltungen anderer Art**

Der Stadtrat beschließt die Änderung zur fünften Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art.

Auf der Grundlage des § 6 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), zuletzt geändert durch das Dritte Vorschaltgesetz zur Kommunalreform vom 26.10.2001 (GVBl. LSA S. 434) sowie der §§ 1, 2 und 3 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) i.d.F. der Bekanntmachung vom 13.12.1996, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt vom 15. April 2000 (GVBl. LSA S. 526) hat der Stadtrat in seiner Tagung am 12.12.2001 folgende Satzung zur fünften Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art beschlossen:

Artikel 1

Der § 5 Absatz 1 a erhält folgende Fassung:

(1) Die Steuer auf Spielautomaten beträgt je Kalendermonat und je Gerät

- | | |
|--------------------------------------|----------|
| a) bei Geräten mit Gewinnmöglichkeit | |
| in Spielhallen | 174,00 € |
| an sonstigen Aufstellorten | 72,00 € |

Artikel 2

Die Satzung zur fünften Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art tritt mit Wirkung vom 01. Januar 2002 in Kraft.

Zu TOP 08 - Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung der Stadt

Halle (Saale) vom 22.12.1999, zuletzt geändert am 13.12.2000 und Jahresabschluss 2000 der Straßenreinigungsgebühren
Vorlagen Nr. III/2001/01895

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01895 - Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung der Stadt

Halle (Saale) vom 22.12.1999, zuletzt geändert am 13.12.2000 und Jahresabschluss 2000 der Straßenreinigungsgebühren

Der Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) wird zugestimmt.

Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Halle (Saale) in der Fassung vom 13.12.2000

Der § 4 wird wie folgt neu gefasst:

Gebührenhöhe:

Die Reinigungsgebühr beträgt jährlich je Meter Straßenfront

a) in der Reinigungsklasse I:	3,29 Euro
b) in der Reinigungsklasse II:	6,58 Euro
c) in der Reinigungsklasse III:	9,88 Euro
d) in der Reinigungsklasse IV:	19,76 Euro
e) in der Reinigungsklasse V (4x jährlich):	0,29 Euro
f) in der Reinigungsklasse V (8x jährlich):	0,58 Euro
g) in der Reinigungsklasse VII:	1,65 Euro

Die Änderung dieser Satzung tritt am 1. Januar 2002 in Kraft.

Der Jahresabschluss 2000 der satzungsgemäßen Straßenreinigung wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 09 - Satzung zur ersten Änderung der Satzung über die Erhebung
der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und
Verwendung
von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle
(Saale)

Vorlagen-Nr.: III/2001/01986

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01986 - Satzung zur ersten Änderung der Satzung über die Erhebung

Verwendung
(Saale)

der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und
von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle

Unter Aufhebung des Beschlusses Nr.III/2001/01635 vom 22.08.2001 beschließt der Stadtrat die erste Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale).

Auf der Grundlage des § 6 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05. 10. 1993 (GVBl. LSA S. 568), zuletzt geändert durch das Dritte Vorschaltgesetz zur Kommunalreform vom 26.10.2001 (GVBl. LSA, S. 434) sowie der §§ 1, 2 und 3 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) i.d.F. der Bekanntmachung vom 13.12.1996, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt vom 15. August 2000 (GVBl. LSA S. 526) hat der Stadtrat in seiner Tagung am 12.12.2001 folgende Satzung zur ersten Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale) beschlossen:

Artikel 1

Der § 4 (2) der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer wird folgendermaßen ergänzt:

Für Rettungshunde, die in einer von der Kommune anerkannten Rettungshundestaffel tätig sind, wird auf Antrag eine 50-prozentige Ermäßigung gewährt.

Artikel 2

Die Satzung zur ersten Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale) tritt am 01. Januar 2002 in Kraft.

**Zu TOP 10 - Halle - Sicherheit durch Verantwortung
"Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und
Kriminalität -
für Toleranz und Integration"**
Vorlagen Nr. III/2001/01855

Herr Doege, CDU-Fraktion, bemerkte, es gebe eine Vielzahl von Städten in der Bundesrepublik, die ähnliche Räte eingerichtet hätten und bei denen eine deutliche Darstellung der kommunalen Zuständigkeit innerhalb dieser Räte festzustellen sei. Das vermisse er hier. Es bedürfe einer Untersetzung der Verantwortlichkeiten in der Stadtverwaltung. Die Oberbürgermeisterin sollte an der Spitze stehen.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, der Präventionsrat werde sich eine Geschäftsordnung geben und man werde darüber befinden, wer Sprecher bzw. Leiter sein werde.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler ergänzte, Herr Doege könne sicher sein, dass sie sich persönlich verantwortlich fühle für das Grundanliegen, das von diesem Netzwerk verfolgt werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: m e h r h e i t l i c h z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01855 - Halle - Sicherheit durch Verantwortung
"Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und
Kriminalität -
für Toleranz und Integration"

1. Der Stadtrat beschließt die Gründung des "Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität - für Toleranz und Integration".
 2. Die Oberbürgermeisterin beruft den Präventionsrat als Beratungsgremium in Fragen von Rassismus, Gewalt und Kriminalität - für Toleranz und Integration. Die Mitglieder des Präventionsrates erklären sich bereit, gegenüber dem Stadtrat und der Verwaltung beratend zu wirken.
-
-

**Zu TOP 11 - Satzung über die Benutzung des Hauses der Wohnhilfe
der**

Stadt Halle (Saale)

Vorlagen Nr. III/2001/01705

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01705 - Satzung über die Benutzung des Hauses der Wohnhilfe
der

Stadt Halle (Saale)

Der Satzung über die Benutzung des "Hauses der Wohnhilfe" der Stadt Halle (Saale)
wird
zugestimmt.

Die Satzung über die Benutzung der städtischen Obdachlosenunterkunft der Stadt
Halle (Saale) vom 31. Januar 1994, geändert am 18. November 1998, tritt am 31.
Dezember
2001 außer Kraft.

**Zu TOP 12 - Verlängerung der institutionellen Förderung des
Internationalen Kinderchorfestivals vom 01.01.2002 bis
31.12.2004**

Vorlagen Nr. III/2001/01699

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2001/01699 - Verlängerung der institutionellen Förderung des
Internationalen Kinderchorfestivals vom 01.01.2002**

bis

31.12.2004

Der Stadtrat beschließt, dass der Förderverein "Internationales Kinderchorfestival Halle (Saale)" e.V. ab 2002 weiterhin eine institutionelle Förderung zur Durchführung des Kinderchorfestivals erhält unter der Voraussetzung, dass das Land Sachsen-Anhalt das Festival ebenfalls fördert.

Zeitraum der Förderung: **3 Jahre (2002 bis 2004)**

Fördersumme:

30.000 DM/15.300 €

Zu TOP 13 - Öffnung der Schulhöfe zur Nutzung im Freizeitbereich

Vorlagen Nr. III/2001/01717

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01717 - Öffnung der Schulhöfe zur Nutzung im Freizeitbereich

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Öffnung von Schulhöfen zur Nutzung im Freizeitbereich ab 01.04.2002, wenn folgende Rahmenbedingungen erfüllt sind:

1. Der entsprechende Beschluss der Schulkonferenz liegt vor.
2. Die technischen Voraussetzungen lassen eine Öffnung/Schließung zu bzw. ein offener Schulhof existiert.
3. Der Schulhof bietet Möglichkeiten der Freizeitgestaltung.
4. Die Nutzung des Schulhofes erfolgt unter Einhaltung der einschlägigen Regelungen (Anlage 1).
5. Wird der Schulhof im Rahmen der Hortgestaltung genutzt, kann die Öffnung in Abstimmung mit dem Hortbetrieb erfolgen.
6. Schulkonferenz und Schulträger legen bei flächenmäßiger Möglichkeit die Parkordnung auf dem Schulhof fest.

**Zu TOP 14 - Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Halle (Saale) vom
21. Juni 2000 in der Fassung der Änderungssatzung vom
12.12.2001**
Vorlagen Nr. III/2001/01860

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01860 - Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Halle (Saale)
vom

21. Juni 2000 in der Fassung der Änderungssatzung

vom

12.12.2001

Der Änderung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Halle (Saale) wird
zugestimmt.

Zu TOP 15 - Abwassergebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom
21. Juni 2000 in der Fassung der Änderungssatzung vom
12.12.2001

Vorlagen Nr. III/2001/01861

Herr Doege, CDU-Fraktion, begrüßte die Änderung, die Anpassung der Behältergrößen für
Niederschlagswasser. Er bitte jedoch um eine entsprechende Bekanntmachung für die
Bürger.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01861 - Abwassergebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom
21. Juni 2000 in der Fassung der Änderungssatzung
vom
12.12.2001

Der Änderung der Abwassergebührensatzung der Stadt Halle (Saale) wird zugestimmt.

Zu TOP 16 - Satzung über die Entsorgung von Grundstücks-
entwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) -
Grundstücksentwässerungssatzung
Vorlagen Nr. III/2001/01862

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2001/01862 - Satzung über die Entsorgung von Grundstücks-
entwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) -
Grundstücksentwässerungssatzung**

**Der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen der Stadt
Halle (Saale) - Grundstücksentwässerungssatzung - wird zugestimmt.**

**Zu TOP 17 - Abfallentsorgung der Stadt Halle (Saale) ab dem
01.06.2005**

**sowie Verfahrens- bzw. Entsorgungsmöglichkeiten gem.
Punkt 4 des Stadtratsbeschlusses vom 18.04.2001
Vorlagen Nr. III/2001/01893**

(Auf Antrag der HAL-Fraktion erscheint ein Wortprotokoll.)

Herr **Bönisch**: "Ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Meerheim."

Herr **Dr. Meerheim**: PDS-Fraktion: "Nichts Böses. Ich bitte nur um eine kurze Auszeit."

Herr **Bönisch**: "Bitte. Diesem Wunsch haben wir noch immer jeder Fraktion gewährt. Eine kurze Auszeit auf Wunsch der PDS-Fraktion."

Der Stadtrat nahm eine **A u s z e i t**.

Herr **Bönisch**: "Die PDS-Fraktion ist fertig mit ihrer Besprechung. - So, meine Damen und Herren, wir können jetzt mit der Sitzung fortfahren. Ich muss noch pflichtgemäß mitteilen,

Herr Dr. Köck hat mir in vorbildlicher Weise schriftlich hier hereingegeben, dass er **an der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes mit Berücksichtigung des § 31 GO LSA nicht teilnehmen** wird. - So, dann kommen wir jetzt zur Diskussion des Punktes TOP 17.

Herr **Sänger** hat das Wort. Bitte."

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion: "Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, der Planungs- und Umweltausschusses und der Wirtschaftsförderausschuss hat in zwei Lesungen sich mit dem Ihnen jetzt vorliegenden Thema befasst und hat gestern folgendermaßen votiert, nachdem Änderungsvorschläge, die Ihnen heute zusätzlich auf den Tisch gekommen sind, die sind also gestern beschlossen worden und sind Bestandteil der Vorlage. Das Abstimmungsverhalten hat sich dann für die gesamte Vorlage mit den zusätzlichen Änderungsanträgen wie folgt dargestellt: Der Planungs- und Umweltausschuss hat der Vorlage mit 5 Stimmen zugestimmt, 4 waren dagegen, 2 Enthaltungen. Der Wirtschaftsförderausschuss hat mit 6 Stimmen dafür votiert, 4 dagegen und 1 Enthaltung."

Herr **Bönisch**: "Herr Weiland, bitte."

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion: "Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden der vorliegenden Beschlussvorlage nicht zustimmen. Es ergibt sich natürlich die Frage, warum, und es sind für uns im wesentlichen zwei Gründe, die wichtig sind. Das eine ist ein hohes finanzielles Risiko für die Stadtwerke bzw. für die Stadt Halle, das wir damit eingehen. Und der zweite Punkt ist, wir sind nicht überzeugt, dass es die kostengünstigste Entsorgungslösung für die Bürger der Stadt Halle ist.

Ich möchte alle daran erinnern, dass wir in Halle mehrfach Investitionsvorhaben gehabt haben, die als große Chance bezeichnet wurden und jetzt letztendlich den Gewinn der Stadtwerke schmälern. Da habe wir zum einen das Spaßbad "Maya Mare", da ist damals in der Vorplanung gesagt worden, dass ein sehr großer Einzugsbereich da ist und dass alle Bedingungen bestens sind. Das ist heute eigentlich ein Fall, der die Stadtwerke nur Geld kostet.

Als zweites haben wir den Hafen Halle mit erheblichen Investitionen, wo elementare Randbedingungen nicht berücksichtigt wurden und wo heute eigentlich auch nur ein Sanierungsfall ansteht, der Geld kostet. Und gestern war in der "Mitteldeutschen Zeitung" noch zu lesen, dass das Wasserwerk der HWA in Beesen überdimensioniert ist. Was wäre denn, wenn wir in einigen Jahren bei der MVA in Lochau genau das gleiche feststellen müssten? Das sollten sich alle hier anwesenden Stadträte einfach mal fragen. Dann hätten wir hier eine Vorlage zur Erhöhung der Abfallgebühren zu beschließen und den Bankrott eines städtischen Unternehmens abzuwenden und die Abfallentsorgung zu sichern. Und da können wir uns mal überlegen, wo das kommunale Mitspracherecht an dieser Stelle dann bleibt bzw.

was es wert ist. Dagegen helfen auch Preisbegrenzungen im jetzigen Stadtratsbeschluss nicht,

möchte ich noch einmal ganz eindeutig sagen.

Ein weiteres Problem ist die zur Verfügung stehende Müllmenge. Wir haben also in der Stadt Halle nur ein Eigenaufkommen von 51 000 Tonnen pro Jahr. Es gibt die Zusage, dass eine bestimmte Menge an Gewerbemüll über R... zugeführt wird, aber mit der vorliegenden Vorlage wird die Oberbürgermeisterin erst beauftragt, mit dem Saalkreis und Merseburg-Querfurt weiter zu verhandeln. Es ist also derzeit noch unklar, ob die im Boot sind oder nicht.

Und was passiert denn, wenn der Saalkreis und Merseburg-Querfurt sich später dazu entschließen, ihre Müllmengen auszuschreiben und sie dem kostengünstigsten Anbieter zu übertragen. Ich kann nur sagen, dass ich da sehe, dass ein Problem auf uns zu kommt. Und auch diese gewisse Bremse, die jetzt in den Antrag eingebaut worden ist mit dem Hinweis, dass der Auftrag zum Bau erst erfolgen soll, wenn das geklärt ist - da muss ich sagen, gleichzeitig enthält die Beschlussvorlage aber eindeutig den Auftrag zu beginnen. Und ich freue mich einfach auf die Schadenersatzforderung der beteiligten Unternehmen, die dann kommen werden. Dann werden wir nämlich an dieser Stelle feststellen, dass wir gar nicht mehr anders können, als wir heute beschlossen haben. Die Sache bekommt damit eine Eigendynamik, und insofern ist die vorliegende Beschlussvorlage auch ein Widerspruch in sich.

Ich möchte zusammenfassen:

Wir möchten eine kostengünstige Entsorgungsmöglichkeit für die Bürger der Stadt Halle und selbstverständlich niedrige Entsorgungskosten für den Standort. Diese Entsorgungsmöglichkeit muss natürlich den gesetzlichen Vorgaben entsprechen, das ist ganz klar.

Um das zu erreichen, sollte die Müllmenge der Stadt Halle, gegebenenfalls gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften, ausgeschrieben werden. Das ist auch der Vorschlag, den der Umweltminister persönlich gemacht hat und den das Umweltministerium nach meiner Kenntnis vehement vertritt.

In der vorliegenden Vorlage sehen wir ein hohes finanzielles Risiko, das letztendlich die Gebührenzahler in der Stadt, also die Bürger abdecken werden über ihre Müllgebühren, die sie bezahlen.

Die Alternativenprüfung entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom 18.04. halten wir für nicht hinreichend, insbesondere für die Prüfung regionaler Kooperationen nicht für hinreichend.

Und den angegebenen Verhandlungspreis von kleiner gleich 180 DM pro Tonne Müll für die Anlagengröße halten wir als zu niedrig angesetzt. Falls es dann doch irgendwann 220 DM pro Tonne sein sollten, ist das das reale Risiko, was ich gerade erwähnt habe für den Gebührenzahler.

Deshalb bleibt uns an der Stelle nur die Möglichkeit, diese Vorlage abzulehnen. Und ich hoffe, dass sich da möglichst viele Stadträte anschließen werden. Insofern danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, die Gegenstimmen auszählen zu lassen bei der Abstimmung."

Herr Bönisch: "Frau Oberbürgermeisterin, bitte."

Frau Oberbürgermeisterin Häußler: "Herr Weiland, alle diese Fragen, die Sie jetzt hier aufgeworfen haben, kann ich gut verstehen, und die haben ja auch mich bewegt. Ich bin ja selbst sehr zögerlich an dieses Vorhaben herangegangen, habe gerade versucht, die

Alternativlösung zu betrachten. Und ich will mal sagen, es hat einen langen Bearbeitungszeitraum gegeben, wo dieses ganze Vorhaben ganz stark bearbeitet und verändert wurde. Und ich bin vielleicht die Kritischste gewesen hier, ich habe jede Menge Fragen an die

Planungs- oder an das vorbereitende Ingenieurbüro gestellt. Und erst nachdem ich tatsächlich für mich persönlich, muss ich einmal sagen, diese Fragen habe aus meiner Sicht so beantwortet gesehen, dass ich mich dieser - Schritt für Schritt dieser Konzeption jetzt anschließen konnte, habe ich mich am Ende hinter diese Vorlage gestellt. Und ich denke, dass hier ein wirklich gründlicher Diskussionsprozess geführt worden ist, wo dieses ganze Wenn und Aber, was diesen Prozess hier immer begleitet, abgewogen wurde, dass eigentlich auch Sie hätten Gelegenheit gehabt, diese Fragen, die Sie aufgeworfen haben, zum großen Teil

eigentlich positiv beantwortet zu bekommen. Ich wundere mich, dass Sie die immer noch in dieser Weise hier stellen müssen, denn ich denke, es ist wirklich viel Arbeit hineingesteckt worden, genau dieses abzuwägen, was Sie jetzt hier als Fragestellung aufbringen.

Und ich bitte ganz herzlich um Zustimmung für diese Vorlage, denn es ist notwendig, dass wir als Stadt hier endlich einen Beschluss fassen, der den anderen, die sich uns anschließen sollen und die, wie Sie sehr wohl wissen, das sehr intensiv prüfen und was zumindest den Saalkreis

angeht, eigentlich entschlossen sind, sich uns anzuschließen. Das kann ich auch für Merseburg sagen. Natürlich werden die gegenüberstellen die Angebote, die da sind, die wir ja auch hatten; es ist ja nicht so, dass wir keine Angebote geprüft haben. So dass ich eigentlich guter Hoffnung bin, dass wir zu dieser Vereinbarung kommen, so dass ich die Zweifel, die Sie jetzt hier aufbringen, eigentlich zerstreut sehe durch die Diskussion, durch die Fachdiskussion, die in dieser Vorbereitungsphase hier geführt wurde.

Und deshalb will ich noch einmal sagen, ich möchte nicht, dass sich jetzt alle hier wieder diese selben Fragen erneut stellen, denn man kann natürlich immer wieder sagen, ich bin viel zu unsicher und ich treffe keine Entscheidung, aber allein die klare Entscheidung der Stadt Halle, ein solches Vorhaben tatsächlich zu realisieren, wird sehr viele dazu bringen, unser Angebot, das wir dann machen können, intensiv zu prüfen und sich zu überlegen, ob sie sich diesem Angebot nicht anschließen. Wir werden uns an Ausschreibungen hier beteiligen können. Und ich denke, dass wir bei den Ausschreibungen eine gute Chance haben, eine gutes Angebot zu unterbreiten. Alles das können wir aber nicht, wenn wir nicht jetzt endlich einen Beschluss fassen, diese Anlage auch zu bauen. Denn wenn ich immer wieder alles offen halte und immer alles in Frage stelle, kann ich auch niemand überzeugen, sich meiner Konzeption anzuschließen. Und deshalb, denke ich, ist die Beschlussfassung heute hier dringend notwendig."

Herr Bönisch: "Herr Dr. Busmann, bitte."

Herr Dr. Busmann, Beigeordneter für Planen und Umwelt: "Ich möchte das nur ergänzen, denn nicht alle Stadtratsmitglieder, die jetzt hier anwesend sind, haben alle Vordebatten mitgemacht. Ich mache es kurz. Wir haben mehrere Ausschusssitzungen hinter uns, die letzten von gestern Abend bis heute drei Stück. Und vor Ihnen liegt das Ergebnis. Und dieses Ergebnis geht in gewisser Weise auch auf die Bedenken ein, die Herr Weiland jetzt für seine Fraktion noch einmal geäußert hat. Ich mache es ganz kurz. Es ist positiv, dass wir eine Zustimmung in den drei Ausschüssen - Planen und Umwelt, Wirtschaftsförderung und jetzt auch Finanzausschuss hatten und anschließend Hauptausschuss - im Grunde vier Ausschüsse - zu Folgendem: Ich lese es noch einmal vor: *Der unter den derzeit geltenden wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen errechnete Behandlungspreis von 180,00 DM/Mg (netto) darf nicht überschritten werden.* Kommentar: Damit drücken wir

aus, dass das, was in der Begründung steht, auch wirklich ist und dass eben kein Risiko hiermit verbunden ist, Herr Weiland.

Der nächste Satz heißt dann: *Erzielte Erlöse aus dem Verkauf von Energie (Strom und Wärme) sind stets bei der Gestaltung des Behandlungspreises zu berücksichtigen.*

Kommentar: Damit drücken wir aus, dass die Obergrenze 180 DM eben wirklich eine ist und dass wir eher noch da drunter bleiben können, wenn wir die in der Begründung genannten Optionen wahrnehmen, dass wir eben am Standort Lochau auch Prozesswärme verkaufen. Der Strom ist schon eingerechnet in den 180 DM.

Also, wäre ein Risiko drin in der ganzen Sache, wären wir uns also unserer Sache unsicher, dann hätten die Experten, die das Ganze hier begleitet haben, nie und nimmer gestern abend und heute dieser Sache zustimmen können.

Im Punkt 3 ist eine Ergänzung gekommen, die auch Ihnen, Herr Weiland und denen, die ähnliche Sorgen haben wie Sie, doch entgegenkommen müsste. Da heißt es:

Vor Baubeginn der TABVA ist insbesondere durch Abschluss von Zweckvereinbarungen der Nachweis zu führen, dass die Mengenauslastung der TABVA gewährleistet ist.

Hier ist also noch einmal eine Stellschraube eingebaut. Das hätten wir auch nicht machen können, diese Stellschraube - es muss die Menge vorhanden sein, insbesondere auch mit einer Zweckvereinbarung, d.h. wenn die weg ist, bricht das Ganze nicht zusammen, das ist wichtig - wenn wir uns nicht so sicher wären, dass wir diese Menge kriegen. Es ist ja schon lustig, dass wir im April beim letzten Beschluss ständig Fragen zu beantworten hatten, ob wir denn die Mengen zustande kriegen. Sie stellen sie immer noch, die Frage, Herr Weiland. Inzwischen haben wir mehr die Fragen zu beantworten, was wir denn machen, wenn wir zuviel Müll bekommen. So - das nur zur Erläuterung dieser Vorlage. Das ist außerordentlich erfreulich, dass wir jetzt diesen Konsens erreicht haben. Da danke ich auch als zuständiger Dezernent den Fraktionen hier im Stadtrat, dass es kam und nicht nur den Experten, die hier natürlich jetzt heute noch dabei sind.

Eine kurze Bemerkung. Mich hat immer irritiert, Sie haben uns vorgeworfen, dass wir mit dem Kopf durch die Wand gegangen sind: Wir wollten von Anfang an einen Müllofen, jetzt kriegen wir ihn usw. Das ist überhaupt nicht richtig. Sie waren auch, denke ich, Mitglied der Arbeitsgruppe. Ich habe jetzt zum Schluss, ganz zum Schluss den Eindruck, dass die Verfechter der MBA im Grunde diesem unterliegen etwas, dass sie unbedingt das machen wollen. Sie sehen bitte - Sie müssen auch die Risiken sehen, und das ist unterbelichtet worden. Sie bestünden, wenn wir nicht das machen, was wir machen. Anders ausgedrückt, wir haben als Entsorgungsträger Stadt Halle weit und breit als einziger die Möglichkeit, ein Innenhausgeschäft zu machen, eine Sache, die mir persönlich am Anfang auch nicht so wichtig war, die sich aber als, denke ich, immer wichtiger herausgestellt hat. Kein anderer kann das machen, d.h. wir sind die einzigen, die aufgrund klarer juristischer Voraussetzungen,

dass insbesondere schon vor einigen Jahren die Auffanggesellschaft gegründet worden ist, sonst müssten wir nämlich jetzt ausschreiben. Wir sind im Grunde, so möchte ich das einmal ausdrücken, zum Schluss kommend, verpflichtet, diese Option bis zum Letzten zu prüfen, bevor wir sie ausgeben und ausschreiben. Und das wundert mich manchmal ein bisschen bei Ihrer Position, dass das so beiseite getan wird. Nur im Inhausgeschäft haben wir Vertragsgestaltungsmöglichkeiten, haben wir Möglichkeiten, die Anlage risikoärmer zu machen. Ganz ohne Risiko kann keiner im Leben leben, auch nicht mit diesen Dingen hier, und zwar meines Erachtens risikoärmer als bei den anderen Optionen. Das vernachlässigen Sie, die Problematik der Überkapazitäten, insbesondere bei den anderen Anlagen und mit all den Problemen, die damit zusammenhängen, aber auch die Risiken, die in der Technologie - das tut mir wirklich leid, sagen zu müssen - eine MBA haben. Wir haben eine Abfallgesetzgebung seit Anfang dieses Jahres, das wissen Sie gut, die im Grunde in Richtung Müllverbrennungsanlagen geht. Das ist so, das hat sich so entwickelt, da können

wir auch nichts mehr machen, das ist so. Und damit sind die Anforderungen hochgeschraubt worden.

Und das ist das Problem, was wir hierbei zu berücksichtigen haben. Wir haben an der Kombinationsanlage in Dresden gesehen, Stabilatverfahren, was passiert, wenn nicht alles geprüft worden ist. Das Risiko bei MBA-Anlagen besteht auch. Und nach den Expertenaussagen ist das, was wir Ihnen hier vorschlagen, auch technologisch nun einmal, ob man das Ding nun liebt oder nicht, so einen Müllofen, in rechtlicher Hinsicht und in tatsächlicher Hinsicht das relativ Risikoärmste."

Herr **Bönisch**: " Herr Prof. Schuh, bitte."

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion: "Ja, ich möchte eigentlich nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nur in Ergänzung zu dem, was Herr Sänger gesagt hat, das Abstimmungsverhalten der anderen Ausschüsse hier nur kurz darlegen. Der Finanzausschuss hat mit einer Gegenstimme zugestimmt. Im Hauptausschuss waren drei Gegenstimmen und eine Enthaltung und sonst eine überwältigende Mehrheit dafür. Sachlich kann ich mich hier nur dem anschließen, was die Oberbürgermeisterin und Herr Dr. Busmann gesagt haben. Ich möchte nur eine ganz winzige Ergänzung machen dazu. Der Herr Weiland hat ja das Risiko angesprochen, was bei den Stadtwerken liegen könnte im Hinblick auf die Betreibung dieser Anlage. Dazu ist zu sagen, Herr Weiland, dass dies wohl auch in den entsprechenden Gremien der Stadträte mit den entsprechenden Zahlen intensiv besprochen worden ist. Ich habe im Finanzausschuss das Mitglied Ihrer Fraktion gefragt, ob es dort Probleme gegeben hat oder ich habe alle, die da waren - es waren zwei im Finanzausschuss, die auch in den Stadtwerken sind oder drei - und ich habe kein Feedback bekommen, es hat keiner gesagt: dort hat es also große Probleme gegeben. So dass eigentlich, sagen wir einmal, das Betreiberrisiko oder das Stadtwerkerisiko nicht so sein kann, dass wir hier noch groß darüber nachdenken möchten. Vielleicht, Herr Weiland, sollten Sie doch, wenn überhaupt, die wahren Gründe sagen, warum Sie dagegen sind. Offensichtlich geht es tatsächlich um eine ganz andere Geschichte. Und es wäre dann besser, wenn wir auf der Ebene diskutieren würden, als hier diese sorgfältigste Prüfung, was die Zahlen anbetrifft, auch noch in Frage zu stellen."

Herr **Bönisch**: "Herr Biesecke, bitte."

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion: "Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, am Ende eines langen Weges in dieser Entscheidung heute hat reifen lassen, haben wir, im Gegensatz zu Herrn Weiland, als SPD-Fraktion keine Fragen mehr. Unsere Fragen sind auf dem langen Weg, der uns nach Reichenberg oder Liberece in Tschechien führte, der uns immerhin auch nach Gröbern in Sachsen geführt hat und der durch unser Aufsichtsratsmitglied, Herr Gottfried Koehn, auch immer wieder mit den neusten Informationen aus Lochau versorgt hat und der einen Weg, der uns immer wieder mit den Experten der Verwaltung zusammengeführt hat - haben wir - treffen wir heute als Fraktion ein klares Bekenntnis zu einer Investition in unserer Region, zu der Wertschöpfung in unserer Region, zu den Arbeitsplätzen in unserer Region. Und wir treffen heute auch ein klares umweltpolitisches Bekenntnis, das lautet nämlich: Wenn man Müll produziert, dann muss man ihn auch selber wieder beseitigen und karrt ihn nicht über hundert Kilometer

durch die Gegend. Und deswegen wird unsere Fraktion dieser Beschlussvorlage zustimmen."

Herr Bönisch: "Herr Dr. Meerheim, bitte."

Herr Dr. Meerheim: "Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, die PDS-Fraktion, um das Wort von dem langen Weg aufzugreifen von Herrn Biesecke, hat am Anfang dafür gestanden und steht auch jetzt dafür, dass wir der Meinung sind, dass die MBA eigentlich eine bessere Lösung gewesen wäre.

Die Argumente, die dagegen erhoben werden, haben uns nicht in jedem Falle überzeugt. Wir sind auch nach wie vor der Meinung, dass eine MBA ökologischer sein kann, dass sie mindestens die gleichen Beschäftigungseffekte hat, auch am Standort Lochau, wie eine TABVA. Und was die Wirtschaftlichkeit betrifft, so haben uns die zugegangenen Studien belegt, dass es zumindest mit 181 DM Behandlungspreis auch bei einer MBVA inklusive der nachfolgenden notwendigen Behandlungsschritte zu einem Preis käme, der zumindest mit dem jetzigen vergleichbar ist.

Nun ist es so, dass es uns sehr wohl bewusst ist, dass es für eine solche mechanisch-biologische Anlage in diesem Stadtrat leider keine Mehrheit gibt, selbst wenn die PDS-Fraktion dafür stimmen würde, dass es eine solche gäbe. Also haben wir folgende Überlegungen angestellt: Was können wir tun, um die Effekte die wir uns bei einer MBA haben vorstellen können, auch bei der anderen Lösung zu sichern. Unsere Fraktion hat sich sehr wohl lang und ausführlich mit den Alternativvorschlägen, die ja nicht nur in diesem Jahr diskutiert wurden, sondern schon lange, lange davor, wenn ich daran denke, wir haben einmal angefangen mit 450 000-Tonnen-Anlagen in der Urzeit, als darüber diskutiert wurde, sind dann auf 300 000 runter, waren bei 150 000, jetzt sind wir nur noch bei 100 000. Ich denke, man kommt dahin, dass tatsächlich versucht wird, zumindest ansatzweise, ökologischer zu werden allein dadurch, dass man Müll nicht so viel hin und her transportiert und dass man wirklich nur den aufnimmt, der in der allernächsten Gegend ist und nicht noch von irgendwo anders her.

Das ist zwar nur ein ersatzschwaches Argument für die Vorstellung einer MBA, wenn man die haben könnte, aber dennoch, was die ökologischen Auswirkungen betrifft, wären sie ja, zumindest was den Transport des Mülls betrifft, zumindest die gleichen.

Wichtig war uns, nachdem uns das klar geworden war, vor allem, dass der Bürger nicht ins Gras beißt dabei, d.h. dass eine Gebührenstabilität zugesichert wird über eine Mengenstabilität, die nachgewiesen werden muss. Ich habe das eingangs gesagt, in dieser Studie ist also anderweitig ja auch eine MBA am Standort Lochau in dem großen Kooperationsverbund mit anderen sächsischen Gemeinden oder Städten und deren Trägern Der Müllbeseitigung veranschlagt worden mit 181 DM. Wir liegen jetzt hier mit einer Maximalgrenze bei 180 DM also ähnlich. Des Weiteren war es uns wichtig, Einfluss zu erhalten über die Vertragsgestaltung mit dem zukünftigen Betreiber der Anlagen, d.h. im Entsorgungsvertrag selbst, und möglicherweise auch darüber hinaus, weil wir ja Gesellschafter oder Hauptgesellschafter der zukünftigen Betreibergesellschaft sind, über die Stadtwerke

Einfluss auf die Gebühren nehmen zu können, was wir ganz sicherlich schwerer hätten machen können, wenn wir unsere eigenen Müllmengen jemandem anderen angedient hätten

über eine Ausschreibung und damit mehr oder weniger den Betriebsfluss des dortigen Betreibers ausgehändigt wären, was die Müllgebühren für die Bürger dieser Stadt betrifft.

Dem wollten wir aus dem Wege gehen, insofern haben wir gesagt, wir nehmen das Inhausgeschäft in Kauf. Ansonsten müssten wir ja auch die HAVAG abschaffen, könnten überhaupt alle Bereiche privatisieren und fremd vergeben, wo wir im Moment selber darüber

bestimmen, wie hoch die Gebühren möglicherweise sein können und wie hoch nicht.

Ich denke, das ist eine ganz ernsthafte Überlegung an der Stelle gewesen, die zumindest die Zustimmung zu diesem Innenhausgeschäft unsererseits mit gebracht hat.

Und ich denke, dass es einen Nebeneffekt dabei gibt, dass Hallenser, soweit sie denn Hallenser sind und nicht aus dem Saalkreis sind, aber vielleicht werden sie es ja noch, auch in Lochau arbeiten dürfen weiterhin. Wobei ich davon ausgehe, auch hier, bei einer genauen Betrachtung der vorliegenden Analysedaten, dass der Beschäftigungseffekt nicht geringer gewesen wäre bei einer MBA im Vergleich zu dem jetzt Vorgelegten.

All das und der Dinge, die wir heute im Finanzausschuss und im Hauptausschuss beschlossen haben, wo wir doch, glaube ich, noch einmal versucht haben, ein paar Reißbleinen festzuzurren, wo uns die Möglichkeit gegeben wird, wenn auch nicht im vollen Umfange, da stimme ich Ihnen durchaus zu, Herr Weiland, da eventuell auf die Notbremse zu treten. Vor diesem Hintergrund wird sich die übergroße Mehrheit unserer Fraktion nicht gegen diese Vorlage entscheiden."

Herr **Bönisch**: "Herr Weiland noch einmal, bitte."

Herr **Weiland**: " Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte einfach die Gelegenheit noch einmal nutzen, um ganz kurz zu erwidern.

Natürlich haben wir auch alle verfügbaren Informationen eingeholt und entsprechend bewertet, und das Verhalten der Beteiligten ist dabei durchaus kooperativ gewesen, aber letztendlich haben wir die bewertet und insofern habe ich vorhin keine Fragen vorgetragen,

sondern Feststellungen. Das ist ganz klar. Wir sind uns da auch nicht unsicher in der Sache, sondern wir werden die Vorlage ablehnen. Warum habe ich, glaube ich, ausführlich begründet. Und es ist so, auch bei den anderen Vorhaben, die ich vorhin aufgezählt habe, die für die Stadt Halle defizitär sind, gehe ich auch davon aus, dass die auf das Sorgfältigste geprüft worden sind im Vorfeld, dass da niemand leichtfertig ein "Maya Mare" in die Landschaft gesetzt hat oder einen Hafen Halle. Und insofern sehe ich da schon ein Problem an der Stelle, denn das Risiko, das besteht sehr wohl. Und da muss ich Herrn Busmann auch noch einmal sagen, das besteht weniger für die Stadt, sondern das besteht für die Bürger

als Gebührenzahler, die werden letztendlich das tragen an der Stelle. So ist es. Und ich will bloß an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, wir vergleichen uns ja jetzt in finanzieller Hinsicht, was die Standards betrifft mit Magdeburg und mit Leipzig. Und in Magdeburg ist es z.B. so, dass Magdeburg gemeinsam mit dem Bördekreis und dem Ohrekreis einen Abfallpool gebildet hat, den ausschreibt und da beteiligen sich die Stadtwerke Magdeburg, dass sie den Zuschlag bekommen für die Müllverbrennung in Magdeburg-Rothensee. Und da muss ich einfach sagen, die Beteiligung am Wettbewerb ist wahrscheinlich auch etwas, was den Stadtwerken Magdeburg dann nicht schlecht tut an der Stelle.

Und ein Wort muss ich noch zu Ihnen sagen, Herr Biesecke. Eine gebührenfinanzierte Wertschöpfung, das muss ich sagen, ist eine ziemlich große Luftnummer. Das ist wohl kaum

die Ökonomie, die wir uns hier alle vorstellen."

Herr **Bönisch**: "Frau Dr. Haerting."

Frau Dr. Haerting, HAL-Fraktion: "Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte zu ein paar Punkten kurz noch etwas sagen.

Es wird ja immer gesagt, bei einem Inhausgeschäft haben wir Einfluss auf die Gestaltung des Preises pro Tonne Abfall usw. Ich sehe diesen Einfluss nicht. Wenn diese Müllverbrennungsanlage läuft und nicht genug Müll hat, den sie verbrennen kann, dann koste die trotzdem jede Menge Geld. Das sind Fixkosten, auch wenn kein Müll da ist, und diese Kosten müssen getragen werden. Da kann man doch nicht per Abstimmung sagen: Ja, das wird uns aber zu teuer, macht das mal billiger. Wie lange soll denn die RPL diese Kosten dann noch tragen und immer weiter runter gehen? Oder wer soll das dann tragen? Das zu dem Einfluss, der immer so beschworen wird - das ist doch ein Ammenmärchen. Dann möchte ich einmal die Unterstellung oder die Vermutung zurückweisen, dass wir immer nur eine MBA im Hinterkopf haben. Wir haben sehr wohl auch vorgeschlagen, dass man den Müll einfach weggibt. Dann ist in den Ausschusssitzungen gestern klar geworden, dass eigentlich alle Fraktionen Angst haben davor, dass nicht genug Müllmengen da sind. Es gab Anträge der SPD, es gab einen Antrag der CDU, wir haben das gleiche gesagt, die PDS hat das gleiche gesagt. Da wurde aber was gemacht, da wurde nämlich die Öffentlichkeit ausgeschlossen, sonst hätte die Öffentlichkeit sehen können, dass sehr wohl alle diese Angst haben und dass deshalb diese Punkte wie Begrenzung auf 180 Mark und Vertragsabschluss

Vornweg über die Müllmengen da reingestimmt worden sind. Diese Bedenken hatten alle, und das hätte die Öffentlichkeit dann auch sehr schön sehen können.

Und zum anderen, denke ich, wir haben jetzt so viel Kraft in diese Diskussion verwendet. Ich möchte einmal wissen, ob wir auch dann so viel Kraft und Druck ausüben, wenn es darum geht, z.B. auch Arbeitsplätze zu sichern im Zuge der Sanierung der Deponie. Und da ist überhaupt noch nicht klar, wer die dann eigentlich bezahlt. Und da brauchen wir selbstverständlich eine ganze Menge Mittel, z.B. eben auch vom Bund. Und diese Dinge zu diskutieren, wäre viel wichtiger."

Herr Bönisch: "Herr Misch, bitte."

Herr Misch, CDU-Fraktion: "Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, Herr Weiland hat es vorhin beiläufig anklingen lassen, und ich habe es selbst in der Zeit, wo ich die Tätigkeit im Rat beobachten, als auch in der Zeit, wo ich selbst im Rat sitze, hin und wieder feststellen können, dass der Rat auch schon Beschlüsse gefasst hat unter bestimmten Voraussetzungen, die dann in der Endkonsequenz nicht eingetreten sind. Vor diesem Hintergrund haben wir, als uns die Vorlage, die erste Vorlage - ich meine jetzt die im April - vorgelegt wurde, ja, ich sag's mal so, ich hatte so ein bisschen den Eindruck, sie sollte handstreichartig vollendete Tatsachen schaffen. Aus diesem Grund haben wir gerade vor dem Hintergrund des jetzt Gesagten gesagt: Ist gut, all das, was in der Vorlage steht - kommunaler Einfluss, Entsorgungssicherheit, Arbeitsplätze - ließe sich auch mit anderen Möglichkeiten schaffen. Eine Entsorgungssicherheit wäre auch eingetreten, wenn wir unsere Müllmengen ausgeschrieben hätten und woanders hingebracht hätten. Die Frage der Arbeitsplätze wäre auch anders lösbar gewesen, wenn es entsprechende Angebote gibt, wo andere, sagen wir mal

Entsorgungsträger oder andere Unternehmen, die sich um unseren Müll bemühen, Lösungen anbieten, die auch Arbeitsplätze in der Region schaffen. Und die Frage des kommunalen

Einflusses, da sage ich, der Bürger misst den kommunalen Einfluss immer an der Gebühr. Und da habe ich leider in den letzten Jahren sehr wenig erfahren, wo der kommunale Einfluss sich in der Weise niedergeschlagen hat, dass eine Gebühr gesenkt wurde. Es sei denn, wenn wir die Mülleinsammelgebühr nehmen. Dort haben wir eine Senkung erreicht, indem wir

Leistungen haben wegfallen lassen. Der Einfluss im kommunalen Bereich ist viel schwerer durchzusetzen, wenn ich einmal sehe, was wir für Probleme mit der HAVAG haben und auch Entscheidungen, die in der Vergangenheit getroffen sind, wie z.B. mit dem Wasserwerk Beesen, haben in uns die Frage aufkommen lassen, ist das, was wir machen, richtig. Und da wir letztlich ja dort 100 Mio DM in die Hand nehmen wollen, sage ich einmal bisschen salopp gesagt, haben wir gesagt: Ist gut, das kann so nicht sein. Wir können nicht einen solchen Beschluss fassen, ohne dass wir nicht andere Entsorgungsmöglichkeiten und andere

Verfahren überprüfen. Ich möchte vorweg schicken, dass wir aus, sagen wir einmal, ideologischen Gründen keine Probleme mit einer thermischen Abfallbehandlungs- und -beseitigung bei Abfallverwertung haben, dass wir aber sehr wohl wissen wollten, dass wir im Interesse der Gebühren eine umfassende Prüfung haben wollten. Der Beschluss ist dann auch in dieser Weise so gefasst worden, und deswegen haben wir ihn damals mit getragen. Wir waren uns damals schon bewusst, dass es sehr schwierig sein wird, diesen Vergleich vorzunehmen, ganz schlicht und einfach deswegen, weil alle diejenigen, die sich jetzt um unseren Müll bemühen, kein verbindliches Angebot abgeben und auch hier und da erklärt haben, dass alles das, was man dort sagt, immer noch verhandelbar ist.

In der Folge war dann Folgendes zu verzeichnen, ich meine, das letzte Schriftstück ging dann vom Bürgermeister der Stadt Leipzig ein, ein Gutachten, datiert vom 07.12.. Auch in persönlichen Gesprächen mit anderen Bewerbern - haben hier da den Eindruck entstehen lassen - ich will es einmal ein bisschen vorsichtig ausdrücken - dass man sie nicht umfassend gehört hat und nicht die Möglichkeiten voll ausgelotet hat. Letztlich aber haben alle derer bestätigt, dass der Preis, der uns als Behandlungspreis in der Vorlage genannt wurde, ein guter Preis ist; das möchte ich so deutlich an dieser Stelle sagen. -

Herr **Bönisch**: "Herr Misch, ich muss hier - auch wenn Sie für die Fraktion sprechen, bitten, langsam zum Ende zu kommen."

Herr **Misch**: "Ja, so - das heißt, wir hatten trotz allem noch gewisse Zweifel, was die Frage der Auslastung anbetrifft und deshalb sind die Vorschläge dann auch so in den Planungs- und Wirtschaftsförderungsausschuss gekommen. Und ich sage mal, an dieser Stelle sehen wir die

Möglichkeiten, die uns als Stadtrat bleiben, ausgeschöpft, denn - ich sag' das mal auch so gerade zu - wenn es einem Team von Ingenieuren, von Experten nicht möglich wäre, eine Vorlage so hinzubauen, ich sage es ganz deutlich, dass man einen Stadtrat, der das nebenberuflich betreibt auch gelingt, notfalls über den Tisch zu ziehen, dann wären es schlechte Ingenieure. Wir sagen, mit dem Preis, der dort steht, können wir leben. Mit den Zusätzen sehen wir eine gewisse Sicherheit, und deshalb, denke ich, wird die Mehrheit der Fraktion sich der Vorlage anschließen. Danke."

Herr **Bönisch**: "Herr Lehmann, bitte. "

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion: "Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, ich möchte jetzt nicht all das wiederholen, was gesagt worden ist in vielen Sitzungen der Ausschüsse usw. Ich möchte nur eine kurze Bemerkung machen. Mit

der Zustimmung für diese Vorlage tut sich eine große Chance auf, dass sich um diesen Recyclingpark in Lochau auch vielleicht eines Tages ein Wirtschaftsstandort entwickelt. Und da möchte ich darauf hinweisen, und das sollten wir in unsere Entscheidung mit einbeziehen.

Danke."

Herr Bönisch: "Herr Sänger, bitte."

Herr Sänger: "Meine sehr verehrten Damen und Herren, vorhin wurde korrekterweise erklärt, dass wir einen langen Prozess der Beratung hinter uns haben, und ich kann mich in diesem Falle nicht so deutlich mit der Verwaltung identifizieren, dass nun alles, was auf den Weg gebracht worden ist, nur so richtig ist und alles andere falsch. Ich habe diesen Prozess lange verfolgt, habe mich intensiv damit befasst, habe Prämissen gesetzt. Die eine Prämisse ist die Frage der Gebühr für die Bürger dieser Stadt. Und die zweite Frage ist die Prämisse der Wirtschaftlichkeit und der Risiken. Und aus meiner Sicht, meiner persönlichen Sicht, gehe ich davon aus, dass die Risiken der Anlage in Lochau sich für mich zu groß darstellen und wir in eine komfortable Gesprächsrunde gehen könnten bei der Ausschreibung unseres Mülls und damit Sicherheiten für die Zukunft bekämen für die Gebühren und die Risiken ausschließen."

Herr Bönisch: "Herr Heft, bitte."

Herr Heft, PDS-Fraktion: "Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren Stadträte, ich habe mir in den letzten Minuten die ganzen Beiträge in Ruhe angehört und ich bin über die überbreite Mehrheit in diesem Haus doch schon etwas überrascht. Ich habe mich mal mit dem Wahlversprechen aller anwesenden Fraktionen und Parteien 1999 zu dem Thema Abfallentsorgung beschäftigt. Ich habe dabei festgestellt, dass drei Fraktionen/

Parteien keine Aussage zu dem Thema gemacht haben. Ich betone an der Stelle, dass ich aus der Fraktion der HAL-Fraktion kein Wahlprogramm jetzt in der Hand habe. In zwei anderen - ich darf zitieren - steht geschrieben - das eine ist überschrieben "Wir für Halle", auf der Seite 23 ist nachzulesen: Verbesserte Umwelt erhöht die Lebensqualität. Wir bekennen uns zu einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Stadtentwicklung, dem Aktionsprogramm Lokale Agenda 21. Wir wollen uns für weitestgehende Müllvermeidung und Wiederverwertung einsetzen, um das Müllaufkommen weiter zu reduzieren.

In einem anderen steht geschrieben - überschrieben "Unsere Verantwortung für die Stadt Halle" - auf der Seite 11 unter Lebenswerte und lebenswerte Stadt Halle: Deshalb setzen wir uns dafür ein, Wertstoffe sortiert zu sammeln und aufzubereiten, Serosystem statt Müllverbrennung und Müllnotstand. - Danke."

Herr Bönisch: "Herr Stemme, bitte."

Herr Stemme, MBL-Fraktion: "Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, ich will es vorweg schicken, unsere Fraktion wird der Vorlage zustimmen. Aber wir haben in der langen Zeit, in der wir um diese Aufgabe gerungen haben, die Bauchschmerzen nicht ganz verloren. Wir sind unsicher, und viele Beratungen haben einen Teil Sicherheit gebracht.

Wir schlagen deswegen eine Änderung vor und eine Ergänzung. Ich muss hinzufügen für die, die das nicht in den Ausschüssen wissen, wir haben es gestern versucht. Es ist fehlgeschlagen, und ich will es aus folgendem Grund formulieren: Die Diskussion um Lochau hat ja nicht nur die Wirtschaftlichkeit und die Verwertung im Auge gehabt. Die

Bürger sind vielmehr aufgeweckt, aufgeschreckt. Die Bürger haben Fragen nach Wohnnebenkosten gestellt: Was passiert denn, wenn in Lochau eine neue Errichtung steht? Kann das passieren, dass sofort die Gebühren erhöht werden? Was passiert mit dem Trinkwasser? Was ist mit der Energie?

Wir haben also mit der Diskussion um diesen Standort auch die Fragen bei vielen Bürgern hervorgerufen, Verängstigungen und Fragen nach höheren Gebühren. Und aus diesem Grund, und ich glaube, diejenigen, die an diesen Stadtteilkonferenzen teilgenommen haben, werden mir das bestätigen; dort standen diese Fragen. Aus diesem Grund schlagen wir einfach vor, noch sicherer die Frage formulieren, die irgendwelchen schnellen Erhöhungen vom Bürger abwenden können, denn in dem Punkt 2 steht beispielsweise so eine Hinterhältigkeit, sie ist

...irgendwie genannt worden: Der unter den derzeit geltenden wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen errechnete Behandlungspreis von 180 Mark usw. darf nicht

überschritten werden. - Meine Damen und Herren, wenn die Anlage fertig ist und der Rat und die Verwaltung kommen zu der Auffassung, dass die wirtschaftliche Situation neue Rahmenbedingungen notwendig macht, dann wird sofort erhöht. Und aus diesem Grund schlagen wir folgende Veränderung vor, um das noch fester, noch sicherer für die Bürger dieser Stadt zu machen, nach dieser Bemerkung "Der unter den derzeit geltenden wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen errechnete Behandlungspreis von 180 Mark netto je Tonne *wird für fünf Jahre festgeschrieben. Danach werden die möglichen Erhöhungen an den Lebenshaltungskosten orientiert.* Ich glaube, dass ist ein Beitrag für die Sicherheit der Bürger. Danke schön."

Herr Bönisch: "Herr El-Khalil, bitte."

Herr El-Khalil, CDU-Fraktion: "Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es war eigentlich gar nicht notwendig, dass ich hier zu diesem Thema etwas sagen muss. Nur, es ärgert mich doch sehr, dass man Vergleiche bringt.

Ich meine, beim "Maya Mare" war ich noch nicht hier und bei anderen Projekten, aber wenn wir über den Hafen hier in Trotha sprechen und wir sehr lange über den Ausbau der Saale diskutieren und dass der Hafen ohne diese nicht funktioniert, ist dies ja wohl kein Wunder. Ich meine, das darf man nicht vergessen.

Über die Preissicherheit, also, ich weiß nicht. Wissen Sie, wir können ja alle nicht mehr so gut im Kopf rechnen, aber ich denke, bei diesem Preisunterschied, den Sie erwähnt haben, 220 zu

180 Mark, das sind 40 Mark pro Tonne. Bei angenommenen 50 Tonnen im Jahr und 200 000 Einwohnern, sagen wir, ist es eine Vierteltonne pro Kopf und Jahr. Also, die Gefahr, über die wir hier sprechen, sind 5 Mark pro Person und Jahr. Das sind die Größenordnungen, um die wir diskutieren. Also, ich habe hier einen kleinen Ausruf geschrieben, ich muss es gerne hier loswerden, ich sage:

*Ammendorf ohne Waggonbau ist für Halle ein Supergau,
ohne TABVA gilt das auch für Lochau
und für den Hafen auch ohne den Saaleausbau."*

Herr Bönisch: "Herr El-Khalil, Sie hatten ja darauf hingewiesen, dass es mit dem Kopfrechnen nicht so toll war. Rechnen Sie noch mal nach, was Sie gesagt haben. - Herr Kley, bitte. - Es sind 10 Mark pro Kopf, pro Einwohner."

Herr Kley, F.D.P.-Fraktion: "Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach so viel schöner Lyrik ist einem richtig weihnachtlich

ums Herz, doch trotzdem müssen wir natürlich auch noch die ernsthaften Themen hier behandeln.

Wir haben uns als F.D.P. ein wenig schwer getan mit dem ganzen Sachverhalt, da wir ja anerkannte Anhänger sind einer möglichst großen Privatisierung und einer geringen Kommunalisierung. Und so haben wir natürlich auch in diesem Fall abwägen müssen, was ist eigentlich das Günstigste zum einen für den Gebührenzahler, zum anderen für die Gesamtentwicklung hier in unserer Region und haben natürlich auch da feststellen können, dass es möglich war für die Stadt trotz dieses Innenhausgeschäftes in einem Public Private Partnership sozusagen einen externen Wirtschaftler mit hineinzunehmen in das Projekt, was uns doch die Hoffnung gibt, dass das hallesche Projekt auch erfolgreich sein kann. Und wir haben bei unserer Gesamtabwägung dann auch wesentlich mit berücksichtigt, dass hier am Standort Lochau Arbeitsplätze entstehen können, dass dort ein Gesamtkonzept entsteht für die Entwicklung dieser Region und wir, glaube ich, in Halle jeden Arbeitsplatz dringend brauchen und hier eine glückliche Verknüpfung einer sinnvollen Abfallpolitik mit einer sinnvollen Wirtschaftspolitik möglich ist. Wir haben aber natürlich auch die Hoffnung, dass es langfristig gelingen möge, diesen Bereich in die Stadt Halle heimzuführen. Danke schön."

Herr **Bönisch**: "Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann könnten wir zur Abstimmung kommen. Wir haben den **Änderungsantrag der MBL-Fraktion**. Ich les' das noch mal kurz vor. Das betrifft den zweiten Absatz im zweiten Punkt. Es hieße also: errechnete Behandlungspreis von 180 DM netto je Tonne wird 5 Jahre festgeschrieben. Danach werden sich mögliche Erhöhungen an den Lebenshaltungskosten orientieren. - Das ist der Antrag der MBL-Fraktion. Und darüber haben wir jetzt abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen kann, dem Änderungsantrag zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. Danke, das ist wenigstens eine geschlossene Haltung. - Wer ist **dagegen**? Das sind **deutlich mehr**, vielen Dank.

Wir kommen dann zur unveränderten **Vorlage**. Ich bitte jetzt, da auch die Gegenstimmen ausgezählt werden sollen - ...weil wir die Zustimmung nicht auszählen müssen, also, wer ist dafür, den bitte ich ums Handzeichen? - Das ist eine **klare Mehrheit**. Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? Das bitte ich zu zählen. - Es war gewünscht worden, die Gegenstimmen auszuzählen. Und dann frage ich auch noch nach Enthaltungen? Bei einer Enthaltung.

Damit ist also.... zwei Enthaltungen. Mit klarer Mehrheit angenommen.

*(Abstimmung zum Änderungsantrag der MBL-Fraktion: **mehrheitlich a b g e l e h n t**
Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t***

*bei 9 **Nein-Stimmen**
2 **Enthaltungen**)*

Herr Dr. Köck hatte darum gebeten, er durfte ja nicht mitwirken an diesem Tagesordnungspunkt, aber ist doch hier öffentlich in die Diskussion gekommen. Er möchte eine Erklärung abgeben. Ich denke, diese Gelegenheit sollten wir ihm kurz einräumen. Bitte."

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion: "Ja, weil Herr Dressel in der Bürgerfragestunde ja ausdrücklich auf mich Bezug genommen hat. Ich will das also auch begründen. Der Druck, der auf die Stadträte seitens des Betriebsrates und auch der Gewerkschaft ausgeübt worden ist mit diesem Offenen Brief - da ist ein Druck ausgeübt worden, den ich für ungerechtfertigt halte, vor allen Dingen der Nachsatz. Betrachten wir doch einmal die Situation, in der sich

die Deponiearbeiter in Lochau befinden. Sie sind in einer vergleichsweise glücklichen Situation.

Hier auf 900 Beschäftigte vom Waggonbau Ammendorf zu verweisen und 500 Leute der Universität, wo das Schicksal bei denen fast besiegelt und bei den anderen es wirklich in der Schwebe hängt - die Deponie hat bis Sommer des Jahres 2005 eine sichere Perspektive. Weitere mindestens 20 bis 25 Leute können in der Nachsorge beschäftigt werden. Egal bei welcher Lösung, die Lochau angegangen worden wäre, wären ein Teil der Beschäftigten untergekommen. Die Deponiegesellschaft selber hat ein umfangreiches Sozialprogramm.

Also, hier letztendlich mit dem Schicksal von Leuten zu winken, das finde ich als ungerechtfertigt, Herr Dressel. Und das habe ich Ihnen gestern abend gesagt, unter vier Augen. Und ich finde es also zumindest Vertrauensbruch, dass Sie das jetzt hier heute in aller Öffentlichkeit ausbreiten. Und, Herr Dressel, ich hätte mir gewünscht, dass Sie und die Gewerkschaft kritisch gewesen wären, so kritisch wie die Stadträte, denn was nützt es denn Ihnen, wenn nachher eine Anlage dort steht, die rote Zahlen schreibt, wo rationalisiert wird, wo dann Ihre Arbeitsplätze auch nicht sicher sind. Hier hätten Sie eigentlich mit dem Stadtrat an einem Strang ziehen müssen, eine gemeinsame, die optimale Lösung finden. Das hier ist jetzt die sicherste, für Sie die schnellste - eine bewährte Technologie selbstverständlich ohne Risiko. Das andere wäre risikovoll gewesen, zugegebenermaßen. Es hätte aber zum Beispiel Stoffströme erhalten können, die jetzt nur zu Energie umgewandelt werden.

Wie gesagt, die Entscheidung ist jetzt gefallen, Herr Dressel, und ich hoffe doch, dass Sie dann in ein paar Jahren Ihren Mitarbeitern in der Deponie auch noch klar in die Augen schauen können, denn schauen Sie sich an, diese Technologie, die Angebote. Dieser Preis, der hier angeboten wird, kommt natürlich auch zustande, dass sowohl die Investitionskosten niedrig sind, aber auch die Betriebskosten. Und was niedrige Betriebskosten sind, das werden Sie sicherlich am besten wissen."

Beschluss Nr. III/2001/01893 - Abfallentsorgung der Stadt Halle (Saale) ab dem 01.06.2005

sowie Verfahrens- bzw. Entsorgungsmöglichkeiten gem. Punkt 4 des Stadtratsbeschlusses vom 18.04.2001

-
1. Die Stadt Halle (Saale) beauftragt zur Gewährleistung ihrer Entsorgungssicherheit die Recyclingpark Lochau (RPL) GmbH mit der unverzüglichen Umsetzung des Vorhabens einer Thermischen Abfallbehandlungs- und Verwertungsanlage (TABVA) am Standort Halle-Lochau.
 2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, einen Entsorgungsvertrag der Stadt Halle (Saale) mit einer städtischen/städtischdominierten Gesellschaft abzuschließen und vor Abschluss dem Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.
Der unter den derzeit geltenden wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen errechnete Behandlungspreis von 180,00 DM/Mg (netto) darf nicht überschritten werden.

Erzielte Erlöse aus dem Verkauf von Energie (Strom und Wärme) sind stets bei der Gestaltung des Behandlungspreises zu berücksichtigen.

3. Die Oberbürgermeisterin wird zur Absicherung einer weitergehenden Abfallbereitstellung beauftragt, mit den Landkreisen Saalkreis und Merseburg-Querfurt weitere Verhandlungen über den Abschluss von Zweckvereinbarungen zu führen, so dass auch diese andienungspflichtigen Abfälle in der TABVA am Standort Halle-Lochau behandelt werden können.
Vor Baubeginn der TABVA ist insbesondere durch Abschluss von Zweckvereinbarungen der Nachweis zu führen, dass die Mengenauslastung der TABVA gewährleistet ist.

Zu TOP 18 - Wichtige Projekte im Rahmen der Fördermittelprogramme

"Städtebauliche Erneuerung großer Wohngebiete" und "Soziale Stadt" im Stadtteil Silberhöhe bis 2006

Vorlagen Nr. III/2001/01846

Herr Geuther, CDU-Fraktion, erklärte, Herr Dr. Busmann dokumentiere auch mit dieser Vorlage seine Verbundenheit mit der Silberhöhe. Dafür danke er ausdrücklich. Der Wohnstandort Silberhöhe sei sehr vakant, weil sein Ruf so schlecht sei. Man müsse im Stadtrat daran arbeiten, dass dieser Ruf verbessert wird. Lobend zu erwähnen sei auch die Arbeit des Büros Stern. Zu einzelnen Dingen: Der angesprochene Bürgersaal werde kein Selbstläufer. Er bitte darum, dass die Stadtverwaltung hier entsprechende Öffentlichkeitsarbeit betreibe. Auch sollte das sogenannte Zentrum Süd nicht vergessen werden, dieser Standort sei in diesem Papier nicht erwähnt worden.

Herr Kley, F.D.P.-Fraktion, äußerte, seine Fraktion müsse im Prinzip bei dieser Vorlage ihre Kritik erneuern, die man schon bei der ersten Diskussion des Konzeptes zur Silberhöhe vorgebracht habe. Es sei nach wie vor lediglich ein betreuender Bereich vorgesehen, ein Managementbereich; es fehle an wesentlichen Impulsen für eine Wiederbelebung des Stadtgebietes oder der Region mit der Ansiedlung von Kleingewerbe und ähnlichen Dingen. Dafür werde ein Bedarf befriedigt, der gar nicht existiere. Es werde das Zentrum Kreuzerstraße ausgebaut, und weil es keinen Nutzen wolle, solle es auch noch ein Jahr umsonst zur Verfügung gestellt werden in der Hoffnung, dass dann vielleicht jemand komme.

Man diskutiere hier über den knappen städtischen Haushalt, über die Kürzung beim Halle-Pass, und hier stelle man sich Bauwerke hin, die eigentlich keiner brauche. Es hätte noch einmal nachgeschaut werden müssen, dass die wenigen Mittel, die man hier einsetze, auch wirklich effektiv zur Verbesserung der Situation in der Stadt seien.

Herr Dr. Busmann, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erwiderte, die Anregungen von Herrn Geuther nehme er mit.

Die Silberhöhe zeige, wie sehr man sich mit den Bürgern in diesen Konferenzen bemühen müsse, das voran zu bekommen.

Aufgabe der Vorlage sei gewesen, einen Vorschlag für die städtischen Investitionen zu machen. Was Herr Kley gesagt habe, stehe dazu nicht im Widerspruch, das müsse auch im Auge behalten werden.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, kam auf den Bürgersaal zu sprechen, dessen Bedarf laut Bürgerwunsch getestet werden soll. Auf diesen Wunsch sei die Verwaltung unbürokratisch eingegangen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01846 - Wichtige Projekte im Rahmen der Fördermittelprogramme

"Städtebauliche Erneuerung großer Wohngebiete" und "Soziale Stadt" im Stadtteil Silberhöhe bis 2006

1. Im Rahmen der Neuordnung des Stadtteiles Silberhöhe sollen in den nächsten Jahren folgende wichtige Projekte realisiert werden:

- Einrichtung einer Bürgerservice-Stelle
- Aufwertung des nördlichen Stadtteilzentrums
- Offener Schulhof "Brühlschule"
- Jugenderwerbsbetrieb "Gastronomie"
- Bürgerzentrum "Kreuzerstraße" nach erfolgreichem einjährigem Testlauf
- Sportanlage "Am Hohen Ufer"
- Gebietsmanagement
-

2. Die Finanzierung soll aus den Fördermittelprogrammen "Städtebauliche Weiterentwicklung großer Wohngebiete" und "Soziale Stadt" entsprechend gesichert werden. Der beigefügte Vorhaben-, Kosten- und Finanzierungsplan ist hierfür als Orientierung anzusehen.

3. Als maximaler Finanzrahmen wird 8,84 Mio. € festgesetzt.

Zu Wiedervorlage von Anträgen

Zu TOP 19 - Antrag der PDS-Fraktion - zur Ehrung der Timberwölfe

Vorlagen Nr. III/2001/01619 sowie Änderungsantrag des Stadtrates
Kupke, CDU

Frau **Lenk**, PDS-Fraktion, bat, den Antrag ihrer Fraktion, der in zwei Ausschüssen beraten worden sei, abzustimmen. Der Änderungsantrag sei ein neuer Antrag. Ihrer Fraktion sei es ausdrücklich um die Ehrung der "Timberwölfe" gegangen.

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, meinte, er sehe seinen Antrag als Sachantrag an. Eine Armeeeinheit sei nur schwer zu ehren; sie habe Befehle auszuführen. Es seien die Befehlshaber, die diese Befehle ausgegeben hätten. In diesem Fall sei in einer Eigenmächtigkeit ein Befehl zum Wohle der Stadt Halle ausgegeben worden. Deshalb müssten die Personen, die Amerikaner geehrt werden. Man wisse aber, dass Einwohner von Halle, die ihr Leben dabei riskiert haben, daran beteiligt gewesen seien. Deshalb sei er der Meinung, dass man sie nur zusammen ehren können. Die "Timberwölfe" als Armeeeinheit zu ehren, dass sie dem Befehl ihr Führung gefolgt seien, sei Unsinn und würde ein falsches Bild geben.

Er bitte, seinen Antrag als Sachantrag zu behandeln und zuerst abzustimmen.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, stellte fest, dass Herr Kupke leider nicht an der langen Debatte zu diesem Thema im Kulturausschuss teilgenommen habe, sonst hätte er den Antrag in dieser Form nicht gestellt. Man wisse eben nicht, ob diese Divisionsführung

eigenmächtig gehandelt habe und wenn ja, warum. Man wisse, dass es eine Reihe von Personen gegeben habe, die den Versuch unternommen haben zu verhindern, dass die Besetzung der Stadt Halle in Form von Kämpfen erfolgt. Man wisse aber nicht, ob das Handeln dieser Personen dafür entscheidend gewesen sei, dass die Stadt nicht bombardiert worden sei, man wisse nicht genau, welche Personen in welchem Umfang sich an diesem Versuch, die Stadt zu retten, beteiligt hätten. Ein erster Beitrag zur Klärung dieser Fragen sei das Buch von Herrn Maurer.
Unabhängig davon, in welcher Weise sie es getan haben, die "Timberwölfe" hätten die Stadt Halle befreit.

Frau Lenk verwies darauf, dass es sich um einen Prüfauftrag handle.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, meinte, nicht nur die Rettung der Stadt spiele seines Erachtens bei einer möglichen Ehrung eine Rolle, man müsse auch berücksichtigen, dass die "Timberwölfe" wenige Tage vor der Einnahme der Stadt Halle ein KZ befreit hätten. Wenn sich die Soldaten nach den Erlebnissen, die sie in Nordhausen gehabt haben, der Bevölkerung dieser Stadt gegenüber fair und anständig benommen haben, sei das auch ein Grund zur Ehrung.

Herr **El-Khalil**, CDU-Fraktion, erinnerte daran, wenn man Soldaten ehren wolle, die diese Stadt befreit haben, sollte man sich davor hüten, heute Soldaten zu verteufeln, die ein System wie das der Taliban bekämpfen und die Menschen dort befreien wollen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr **Bönisch** stellte fest, er sehe keinen Hinderungsgrund, Herrn Kupkes Antrag wie einen Änderungsantrag zu behandeln.

Abstimmung zum Änderungsantrag Stadtrat Kupke: **mehrheitlich a b g e l e h n t**

Abstimmung zum Antrag: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01619 - Antrag der PDS-Fraktion - zur Ehrung der Timberwölfe

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine angemessene, bleibende Ehrung der "Timberwölfe" (Straßenname, Gedenkstele) zu prüfen und dem Stadtrat eine entsprechende Beschlussvorlage zu unterbreiten.

Zu TOP 20 - Antrag der F.D.P.-Fraktion - für ein Parkplatzkonzept
der

Stadt Halle (Saale)

Vorlagen Nr. III/2001/01750

Herr Kley, F.D.P.-Fraktion, begründete den Antrag.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, ging auf die Diskussion zum Antrag im Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten ein. Im Ausschuss sei der Antrag mit 2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt worden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich a b g e l e h n t**

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

**Zu TOP 21 - Antrag der PDS-Fraktion - zur Änderung der
Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle
(Saale)**

Vorlagen Nr. III/2001/01800

Es gab keine Wortmeldungen zum Antrag.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01800 - Antrag der PDS-Fraktion - zur Änderung der
Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle
(Saale)

Der Stadtrat beschließt:

§ 8 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Wird eine Angelegenheit ohne Vorberatung in einem Ausschuss im Stadtrat erörtert, muss sie auf Verlangen des Vorsitzenden, des Oberbürgermeisters oder einer Fraktion zur Vorberatung an den oder die zuständigen Ausschüsse verwiesen werden. Diese Angelegenheiten sind dem Stadtrat unmittelbar nach den abschließenden Beratungen in den
Fachausschüssen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Zu TOP 22 - Antrag der PDS-Fraktion - zu Untersuchungen für einen
neuen Saaleübergang
Vorlagen Nr. III/2001/01802

Es gab keine Wortmeldungen zum Antrag.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2001/01802 - Antrag der PDS-Fraktion - zu Untersuchungen für einen
neuen Saaleübergang**

Im Rahmen der Planungen für einen neuen Saaleübergang sind gleichberechtigt die
Varianten "Mitte" (Trasse gemäß Flächennutzungsplan) und "Süd" (parallel Kasseler
Bahn-Brücke) zu untersuchen.

Zu TOP 23 - Antrag der HAL-Fraktion - zur Umsetzung der Vorgartensatzung

Vorlagen Nr. III/2001/01824

Frau Dr. Haerting, HAL-Fraktion, warb um Zustimmung für den Antrag. Dabei gehe es um Fälle, wo Häuser saniert werden, die Vorgärten in Ordnung gebracht werden und hinterher die Einfriedungen verschwunden seien. Diesem Tatbestand sollte mehr Rechnung getragen werden, dass Einfriedungen, die vorher da gewesen seien, auch wieder hergerichtet werden.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, gab das Abstimmungsverhalten des Fachausschusses bekannt; bei einer Ja-Stimme und 5 Nein-Stimmen sowie drei Enthaltungen sei der Antrag abgelehnt worden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich a b g e l e h n t**

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

ausreichenden Zeitraum für eine sachgerechte Beratung und Entscheidung über die Fortsetzung/Kündigung des jeweiligen Vertragsverhältnisses zur Verfügung hat.

Der Stadtrat legte eine P a u s e ein.

Zu Anträgen von Fraktionen und Stadträten

Zu TOP 25 - Antrag der CDU-Fraktion - betreffend den Neubau der

Tiefgarage "Oper"

Vorlagen Nr. III/2001/01887

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass es von der IHK Ende November eine Kundenbefragung zum Handelsstandort City gegeben habe, in deren Schlussfolgerung festgestellt und gefordert worden sei, dass die städtische Verkehrspolitik nicht gegen die PKW

zu richten sei. Ferner sei festgestellt worden, dass das Parkraumangebot gerade im nördlichen Bereich der Altstadt absolut nicht ausreichend sei. 80 % der befragten Kunden seien dieser Auffassung gewesen und hätten erklärt, dass sie öfter in der City einkaufen würden, wenn sie die Möglichkeit zum parken hätten.

Es bestehe also dringender Parkraumbedarf in der Peripherie des Altstadtringes.

Da es jedoch ein sehr vielschichtiges Thema sei, auch im Zusammenhang mit dem Opernhaus, verweise er den Antrag namens seiner Fraktion in den Planungs- und Umweltausschuss, den Kulturausschuss und in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den

- Ausschuss für Planung- und Umweltangelegenheiten, den
- Kulturausschuss und in den
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften

v e r w i e s e n.

**Zu TOP 26 - Antrag der F.D.P.-Fraktion - Aufhebung der Beschlüsse
"Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 75 Dessauer
Platz"**

**und "Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan
Ifd. Nr. 6"**

Vorlagen Nr. III/2001/01962

Herr **Kley**, F.D.P.-Fraktion, erklärte, erst unlängst habe man umfangreiche Untersuchungen seitens der Verwaltung zu diesem Thema im Stadtrat vorgestellt bekommen. Um so erstaunter habe man wenige Tage später in der Zeitung lesen müssen, dass die Stadtverwaltung alles noch einmal auf den Prüfstand gestellt und festgestellt habe, dass in diesem Gebiet einfach genug Einzelhandelsfläche vorhanden sei und deshalb Standorte wie Trotha, Merseburger Straße usw. nicht vollendet werden. Es sei für seine Fraktion nicht nachvollziehbar, wie bei dieser Überprüfung der Standort "HERMES" einfach durchs Raster habe fallen können.

In vielfachen Gesprächen mit Händlern der Innenstadt und denen der "Frohen Zukunft" als auch mit Einwohnern der "Frohen Zukunft" sei festgestellt worden, dass große Bedenken gegen diesen Standort bestehen. Auch der Handelsausschuss der IHK habe sich gegen diesen Neubau ausgesprochen.

Man hätte diesen Antrag vielleicht nicht gestellt im Vertrauen auf eine nochmalige Befassung des Rates vor der Offenlegung, wenn nicht von Herrn Dr. Busmann eindeutig gesagt worden wäre, dass im Ergebnis dieses Aufstellungsverfahrens und der vorzeitigen Trägerbeteiligung bereits auch eine Baugenehmigung nach § 33 BauGB erteilt werden solle. Seine Fraktion beantrage die Verweisung des Antrages in den Planungs- und Umweltausschuss.

Herr **Bönisch** wies darauf hin, dass nach seiner Interpretation keine automatische Verweisung greife, da das Thema schon mehrfach erörtert worden sei.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, widersprach dieser Darstellung mit einem Geschäftsordnungsantrag. Vor kurzem sei ein Antrag auf Aufhebung eines Beschlusses in der Art behandelt worden, dass gesagt worden sei, eine Aufhebung sei immer eine neue Sache.

Herr **Bönisch** bat um Abstimmung darüber, wie der Sachverhalt zu interpretieren sei.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, sprach sich dagegen aus, dieses Thema erneut in den Planungs- und Umweltausschuss zu verweisen. Dort habe man sich ausreichend mit den Detailfragen befasst und es gäbe heute keine anderen Erkenntnisse als zu dem Zeitpunkt, wo der Ausschuss dazu beraten habe.

Herr **EI-Khalil**, CDU-Fraktion, erklärte, er sei der Meinung, dass es viele neue Erkenntnisse gebe, die es durchaus rechtfertigten, diesen Antrag nochmals zu behandeln. Er beantrage, ihn auch im Wirtschaftsausschuss zu sehen.

Herr **Bönisch** gab die Meinung des Rechtsamtes kund: Es bestehe ein neuer Sachverhalt; Es gehe nicht um die Sache selbst, sondern um den Sachverhalt der Aufhebung eines Beschlusses. Mit dieser Interpretation greife das Überweisungsrecht der Fraktionen. Er regte an, diese Regelung in die Geschäftsordnung aufzunehmen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsanträge der F.D.P.-Fraktion und der CDU-Fraktion in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten und in den
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften

v e r w i e s e n.

Zu TOP 27 - Antrag der CDU-Fraktion - zur Parkplatzsituation um den

Hallmarkt

Vorlagen Nr. III/2001/01963

Herr **Kautz**, CDU-Fraktion, meinte, Stadtrat und Stadtverwaltung sollten sich des Anliegens der Hallmarktgemeinschaft annehmen und entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Dazu seien Beratungen in den Ausschüssen notwendig. Namens seiner Fraktion folge er dem Vorschlag der Verwaltung und verweise den Antrag in den Planungs- und Umweltausschuss sowie weiterhin in den Wirtschaftsförderungsausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten und in den
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften

verwiesen.

Zu TOP 28 - Antrag des Stadtrates Dieter Lehmann, CDU - betreffend die

südwestliche Verkehrsinsel am Riebeckplatz unter Bezug auf

den Antrag III/2001/01261 zum Riebeckplatz aus der Ratssitzung vom 21.02.2001

Vorlagen Nr. III/2001/01964

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, begründete den Antrag. Er ging u.a. auf den Unfallschwerpunkt Riebeckplatz ein, in dessen Zusammenhang man auch die wirtschaftlichen Belange sehen sollte. Wenn man davon ausgehe, dass von den etwa 500 Unfällen, die dort im Jahr passieren, 10% durch die Staus bei der Ausfahrt Franckestraße bedingt seien, dann seien das ca. 50 Unfälle; d.h. die Kosten eines solchen Umbaus wären bei 1 500 DM pro Unfallschaden im Grunde genommen schon aufgehoben. Von Personenschäden wolle er gar nicht reden.

Er bat um Zustimmung zum Antrag.

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Planungs- und Umweltausschuss und in den Finanzausschuss.

Herr **Bönisch** stellte fest, dass dieser Antrag bereits behandelt worden sei. Er stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung zur Diskussion.

Dazu gab es keine Wortmeldungen.

**Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag
auf Verweisung des Antrages: mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten und in den
- Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung

verwiesen.

Zu TOP 29 - Antrag der PDS-Fraktion - zur Umbenennung der Dieselstraße - östlicher Teil

Vorlagen Nr. III/2001/01970

Herr Heinrich, Beigeordneter für Bauen, erklärte, die Verwaltung schlage vor, diesen Antrag zuerst im Kulturausschuss zu beraten.

Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion, stimmte diesem Vorschlag zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der PDS-Fraktion in den

- Kulturausschuss

verwiesen.

Zu TOP 29 A - Dringlichkeitsantrag der Stadträte Prof. Dr. Kiel, PDS
und

Krause, SPD zur Situation an der Martin-Luther-
Universität

Halle-Wittenberg

Vorlagen-Nr.: III/2001/01997

Herr Krause, SPD-Fraktion, begründete den Antrag und zitierte aus dem Offenen Brief des Stadtrates vom Frühjahr 2001.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erklärte, sie habe sich beim Kultusministerium erkundigt, wie die Situation von dort gesehen und begründet werde. Zunächst sei ihr erklärt worden, dass prinzipiell Offene Briefe nicht beantwortet werden, nunmehr habe sie jedoch eine Art Bericht erhalten (*siehe Anlage, übernächste Seite der Niederschrift*)

Herr Kley, F.D.P.-Fraktion, äußerte, der Vorschlag von Herrn Krause, sich heute noch einmal dezidiert dazu zu äußern und vor der morgigen Entscheidung zu sagen, dass sie diese Entscheidung gegen die Stadt Halle fällen, sei unbedingt wichtig. Die anderen Hochschulen des Landes würden aufgebaut und in Halle werde wider jeglicher Realität einfach abgebaut.

Dass Halle heute schon die Zahl der Studierenden erreicht habe, die eigentlich erst in fünf oder zehn Jahren erreicht werden soll, müsse man einfach würdigen. Es sei ein Witz, dass man 500 Jahre Universität feiere und gleichzeitig als Stadtrat sang- und klanglos zulasse, dass das Land diese Universität langsam tot spare. Hier müsse die Landesregierung und die Parteien, die diese stützen, sich deutlich äußern, was sie in diesem Land wollen.

Herr Geuther, CDU-Fraktion, fragte nach der Meinung der Oberbürgermeisterin zum Stellenabbau.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, sie könne sich zu den Einzelheiten der Universität nicht äußern, da sie es so im Detail nicht kenne. Der Personalrat der MLU habe sie aufgefordert, gegenüber Herrn Prof. Grecksch tätig zu werden, dass er nicht an dieser, sondern an jener Stelle eine Entscheidung treffen sollte. Das habe sie abgelehnt. Man könne der Universität nicht von außen vorschreiben, an welcher Stelle sie welche Prioritäten setzt.

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion, meinte, die Universität stehe vor einer komplizierten Situation.

Dass hier Veränderungen nötig seien, würde er auch unterstreichen. Vor allem müsse es gelingen, dem wissenschaftlichen Nachwuchs in der Zukunft wieder eine Chance zu geben. Nicht nachvollziehbar sei für ihn der schlagartige Vollzug, innerhalb eines Jahres mehrere hundert Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Angehörige der Universität abzubauen

und auszugliedern. Es fehle in dieser Angelegenheit jegliches Augenmaß und Fingerspitzengefühl, es fehle die Transparenz des Vorgangs. Insofern habe er Verständnis für

die Proteste und Aktionen der Studenten.

Er bat die Oberbürgermeisterin, im Interesse des Anliegens, der weiteren positiven Entwicklung der Universität, an dem Problem dranzubleiben.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, verwies mit einem **Geschäftsordnungsantrag** auf den Antragstext, der laute, dass die Oberbürgermeisterin umgehend den Stadtrat über die ihr zugänglichen Informationen unterrichten. Das sei soeben geschehen. Er beantrage, den Antrag für erledigt zu erklären.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, meinte dazu, wenn es Diskussionsbedarf zu diesem Thema gebe, sollte man die Stadträte zu Wort kommen lassen.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, wies darauf hin, im Antragstext werde eine Unterrichtung gewünscht, keine hochschulpolitische Debatte.

Weitere Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag gab es nicht.

**Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag -
Antrag erledigt:**

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Der Antrag ist damit als erledigt anzusehen.

Zu Anfragen von Stadträten

Zuerst werden alle Anfragen der Stadträte sowie die Antworten der Verwaltung wiedergegeben. Danach erfolgt die Niederschrift zur Diskussion während der Tagung.

**Zu TOP 30 - Anfrage der SPD-Fraktion - Abweichungen von der
ursprünglichen Planung bei der Teichstraße**

Vorlagen-Nr.: III/2001/01958

—

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 31 - Anfrage der MBL- Fraktion zum Stand der Verhandlungen
betreffs der Bebauung an der "Spitze"**

Vorlagen-Nr.: III/2001/01960

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 32 - Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM -
zur Sanierung des Ratshofes**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01968

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 33 - Anfrage des Stadtrates Andreas Schmidt, SPD - Stand der
Vorbereitung zur 1200-Jahr-Feier Halles im Jahr 2006**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01969

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 34 - Anfrage der Stadträtin Katharina Brederlow, SPD -
Straßensanierung in Büschdorf**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01971

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 35 - Anfrage der SPD-Fraktion - zur Teilrückerstattung von
Parkgebühren für Käufer in der Innenstadt**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Mündliche Anfragen:

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, ging auf das Recht der Fraktionen auf Akteneinsicht in die Unterlagen der Stadtverwaltung sowie den Status von nichtöffentlichen Beratungen ein. Seine Frage sei, wie die Gemeindeordnung und die sonstigen Gesetze mit Leuten umgehen, die vertrauliche Informationen dazu benutzen, um damit in die Öffentlichkeit zu gehen.

Herr **Borries**, Leiter des Rechtsamtes, antwortete (siehe Anlage 1 im Anhang der Niederschrift).

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, äußerte, auf der oberen Leipziger Straße sei festgelegt, dass sie für Radfahrer nur bis zu einer bestimmten Stelle befahren werden darf, dann sei eine Ausweichroute über die Martinstraße, an deren unteren Ende sich eine vor kurzem neu gebaute Treppe befinde, zu nutzen. Sei es geplant, diese Treppe umzugestalten, damit man mit dem Fahrrad besser hinunterkommen könne und wenn ja, wann?

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, antwortete, eine Umgestaltung der Treppe sei nicht geplant.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** verwies darauf, dass der neue Platz über der Hansering Tiefgarage eine Rampe vorsehe, damit man dort auf der Route Bahnhof - Markt fahren könne.

Herr **Weiland** meinte, wenn man davon ausgehe, dass die Radfahrer bei der Ausweichroute ihr Fahrrad die Treppe heruntertragen oder den Umweg über die Hanseringgarage nehmen, um zum Markt zu gelangen, dann halte er das für daneben. Es gebe eine offizielle Unterlage der Verwaltung, in der diese Strecke als Ausweichroute für Radfahrer auf dem Weg vom

Bahnhof zum Markt ausgewiesen sei. Er bitte darum, dass noch einmal zu überlegen und in der Vorstellung zu dieser Ausweichroute noch einmal darzulegen.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, stellte fest, dass die Röpziger Straße, die erst vor einigen Monaten neu gestaltet worden sei, in der Nähe vom Rannischen Platz wieder aufgebuddelt werde, um Rohre zu verlegen. Habe man nicht vor Monaten feststellen können, dass dort Rohre liegen, die schon 50 Jahre alt sind und die erneuert werden müssen? Wer trage die Kosten für diese Maßnahme? Sie bitte um eine schriftliche Beantwortung.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr **El-Khalil**, CDU-Fraktion, ging auf Diskussionen zu Veränderungen in der Sportlandschaft der Stadt ein. Seit März 2001 liege ein Papier des Stadtsportbundes dazu der Verwaltung vor.

Darauf habe man noch keine Antwort. Parallel dazu gebe es Pressemeldungen, nach denen die Bäder an die Stadtwerke übergehen sollen. Er bitte darum, schriftlich über den Stand der

Dinge informiert zu werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** habe heute ein Gespräch mit den Verantwortlichen des HFC gehabt. Es gehe um den Brand im Stadion. Was soll da passieren?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, zum Gesamtstand der Dinge werde Herr Gärtner Auskunft geben. Das Gespräch beim HFC sei leider verschoben worden.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, äußerte, es gebe eine schriftliche Antwort an den Stadtsportbund. Er werde in der nächsten Sitzung des Sportausschusses dazu berichten.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, fragte - anknüpfend an die Frage, die Herr Prof. Schuh eingebracht habe -, wenn die Verwaltung der Meinung sein sollte, dass eine öffentlich gestellte Anfrage eigentlich in den nichtöffentlichen Teil gehört hätte, inwieweit sei sie dann

verpflichtet ihre Antworten auch als nichtöffentlich zu kennzeichnen.

Er habe auf die öffentliche Anfrage eine öffentliche Antwort bekomme, verweise jedoch darauf, dass zwei Fragen in der Beantwortung noch offen seien.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, man könne voraussetzen, dass die Verwaltung den Status öffentlich/nichtöffentlich immer prüfe.

Herr **Krause**, SPD-Fraktion, fragte, inwieweit es richtig sei, dass geplant sei, an der Kreuzung Geiststraße/Universitätsring einen Kreisverkehr einzurichten? Diese Aussage sei in einer Bürgerversammlung getroffen worden.

Herr **Dr. Busmann** erwiderte, er nehme an, es handle sich um eine Missverständnis. Es gebe

einen Plan, der etwas Rundes vorsähe, aber es sei trotzdem kein Kreisverkehr. Man hoffe, das Projekt, dass aus HAVAG-betriebstechnischen Gründen zurückgestellt worden sei, bald zu verwirklichen.

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, ging auf die beim Entwurf des Haushaltsplans gestellte Bitte nach der Übergabe des Zahlenmaterials Städtevergleiche und die Zusammenstellung von Pflicht- und freiwilligen Aufgaben ein. Es wäre angezeigt, diese Unterlagen noch in diesem Monat zu bekommen, damit man sich auf die im Januar in den Ausschüssen beginnenden Haushaltsdiskussionen vorbereiten könne.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, das Material zum Städtevergleich sei für Januar zugesagt worden.

Herr **Koch**, Beigeordneter für Finanzen und offene Vermögensfragen, ergänzte, die Zusammenstellung der freiwilligen und der Pflichtaufgaben sei auch im Rechnungsprüfungsausschuss angesprochen worden. Diese sei aber noch einmal in die Ämter zur Überarbeitung zurückgegangen. Er hoffe, dass die Aufstellung ebenfalls alsbald vorliege.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 36 - Mitteilungen

Schriftlich lag vor:

- Information des Projektsteuerers IPM " 18. Quartalsbericht zur Straßenbahnneubaumaßnahme Halle-Neustadt/ Hauptbahnhof" für die 27. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 12.12.2001
Vorlagen-Nr.: 999/00025
- Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2001 (Genehmigung)
Vorlagen-Nr.: III/2001/01989

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte zum **HERMES-Gelände**.

Die Veröffentlichung in der Presse über das, was in der Verwaltung beraten wurde, sei die übliche Indiskretion gewesen. In dieser Woche sei eine Diskussion dazu vorgesehen, zu der die Vertreter der Handeltreibenden in der Innenstadt eingeladen werden, Investoren, die ihre

Vorhaben vorstellen, die IHK sowie je zwei Vertreter aus jeder Stadtratsfraktion. Diese Diskussion solle dazu führen, eine Grundlage für das weitere Verwaltungshandeln zu erhalten.

Sie berichtete zum **Gutachten Stadt-Umland**: Der Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt

hatte heute eine Kurzfassung des Gutachtens übergeben. Das Gesamtgutachten werde im Laufe der nächsten Tage jeder Stadt und jeder betroffenen Gemeinde in den Landkreisen zugestellt. Dann habe man ca. 12 Wochen Zeit, um dazu Stellung zu nehmen.

Das Gutachten präferiere für die Stadt-Umland-Beziehung der Stadt Halle den Regionalkreis,

bestehend aus Halle, Saalkreis, Merseburg einschließlich Querfurt. Man gehe davon aus, wenn dieser Regionalkreis zustande käme, dass es dann trotzdem Eingemeindungen in die Stadt Halle geben sollte. Es werde aber auch gesagt, dass, wenn es keine Übereinstimmung

der betroffenen Gebietskörperschaften für den Regionalkreis gibt, die zweitbeste Lösung eine Verbandslösung sei, wo verschiedene Fragen innerhalb eines Verbandes geklärt würden. In dem Falle seien weitere Eingemeindungen erforderlich.

Sie sagte zu, je eine Kopie der Kurzfassung des Gutachtens den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, ging auf die heutige Situation im Stadtrat ein. Es seien Menschen

da gewesen, die ihre Interessen hier wahrgenommen hätten, sehr stark mit Beifall operiert hätten. Es wäre hilfreich, wenn die Tagungsleitung in solchen Situation kund tun würde, dass die Stadträte nur dem Gemeinwohl der Stadt verpflichtet seien.

Herr **Bönisch** erklärte, er nehme diesen Gedanken als Anstoss für alle, um weiterreichend zu überlegen.

Er teilte mit, dass ein Antrag der CDU-Fraktion auf Akteneinsicht in Nutzungsverträge für den

Wochenmarkt und den Weihnachtsmarkt vorliege. Interessenten aus anderen Fraktionen sollten sich an Herrn Köhler und Herrn El-Khalil wenden.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** informierte über die Wahl des Ausländerbeirats am 21. und 28.11.2001. Dazu werde eine schriftliche Übersicht an die Fraktionen ergehen.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 27. öffentliche Tagung des Stadtrates und übergab das Wort an die Oberbürgermeisterin.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler würdigte anlässlich der letzten gemeinsamen Tagung des

Stadtrates in dieser Zusammensetzung die Arbeit der sieben bisherigen Beigeordneten der Stadt Halle, deren Amtszeit in den nächsten Wochen und Monaten zu Ende geht. Sie überreichte jedem Beigeordneten sowie der Bürgermeisterin ein Geschenk.

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Panian